

Präsident Dr. Norbert Lammert

- (A) Das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung erhält nun die Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel. (C)
- (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)
- Dr. Angela Merkel**, Bundeskanzlerin:
- Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise haben die Weltwirtschaft – wir spüren das jeden Tag – mittlerweile voll erfasst. Überall gehen Investitionen und Produktion zurück. Die Arbeitslosigkeit steigt. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank erwarten für dieses Jahr bestenfalls weltweit eine Stagnation, wahrscheinlich sogar einen Rückgang der Weltwirtschaftsleistung. Von dieser Entwicklung sind alle Wirtschaftsräume der Welt betroffen. Kein Land kann sich davon abkoppeln. Dies stärkt eben auch das Bewusstsein für die Notwendigkeit gemeinsamer Antworten.
- Das Motto heißt also **Kooperation** statt Abschottung. Das ist der einzige Weg, wieder zu Wachstum und zu Beschäftigung zu kommen. Wir alle erleben in unseren internationalen Kontakten, dass diese Erkenntnis Schritt für Schritt Eingang in konkretes Handeln findet. Dies war so bei den Gipfeltreffen der vergangenen Wochen und Monate, und ich hoffe, dies wird auch bei dem anstehenden EU-Gipfel heute und morgen und bei dem G-20-Gipfel am 1. und 2. April in London so sein.
- Die Bundesregierung setzt sich mit aller Kraft dafür ein, diese Chance zum gemeinsamen Handeln zu nutzen. Wir müssen dabei zwei Fragen in den Mittelpunkt stellen. Erste Frage: Wie können wir unsere nationalen Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise noch besser abstimmen und bündeln, damit die in den einzelnen Staaten getroffenen Maßnahmen sich nicht gegenseitig behindern, sondern befördern; an welchen Stellen benötigen wir dazu gemeinsame europäische Regeln; gibt es gemeinsame europäische Projekte, die wir jetzt vorziehen oder zusätzlich durchführen können, die uns in Europa hinsichtlich unserer Innovationskraft wirklich voranbringen? Genau darüber werden wir heute und morgen sprechen. Das Motto des Rates muss und sollte lauten: Wir meistern die Krise gemeinsam, und wir legen in dieser Krise den Grund, um aus ihr als Europäische Union dauerhaft gestärkt hervorzugehen. (D)
- (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)
- Die zweite Frage, die wir behandeln, ist: Was müssen wir tun, um zu verhindern, dass eine solche Krise sich in Zukunft wiederholt? Dieses Thema kann nur im globalen Zusammenhang betrachtet werden. Deshalb wird es im Vordergrund des zweiten Weltfinanzgipfels Anfang April in London stehen.
- Es gibt beim Europäischen Rat weitere Themen, von denen ich heute nur eines kurz anreißen möchte, nämlich die Aussagen zur Vorbereitung der **Klimakonferenz** in Kopenhagen. Wir haben neben den Finanz- und Wirtschaftsmaßnahmen in diesem Jahr einen entscheidenden internationalen Schritt zu meistern: die Erarbeitung eines Post-Kioto-Abkommens, also eines Folgeabkommens für das Kioto-Protokoll. Die entsprechende Konferenz wird Ende des Jahres in Kopenhagen stattfinden. Aber
- (B) Ich rufe den Tagesordnungspunkt 4 auf:
- Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin
- zum Europäischen Rat am 19./20. März 2009 in Brüssel und zum G-20-Gipfel am 2. April 2009 in London**
- Hierzu liegen ein Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke sowie zwei Entschließungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.
- Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung 90 Minuten vorgesehen. – Darüber besteht offenkundig Einvernehmen und ist damit so beschlossen.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) schon heute ist absehbar, dass wir sowohl den Gipfel in London als auch das G-8- und G-5-Treffen – also das Treffen der G 13, Stichwort: Heiligendamm-Prozess – im Sommer nutzen müssen, um die Weichen zu stellen, damit die Umweltminister Ende des Jahres auch wirklich zu belastbaren Ergebnissen kommen. An diesem Punkt wird sich genauso wie an der Frage einer Finanzmarktarchitektur zeigen, ob die Welt bereit ist, auf die globalen Fragen auch globale Antworten zu geben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich füge hinzu, dass Europa sich seiner Aufgabe bewusst ist, hier eine Führungsrolle einzunehmen. Ich will allerdings auch sagen, dass wir unser Licht nicht dauernd unter den Scheffel stellen sollten. Die Europäische Union ist die einzige Staatengruppe, die klare Zusagen gemacht hat, was die Reduktionsziele anbelangt. Wir sind natürlich bereit, den Entwicklungsländern in Fragen des Klimaschutzes zu helfen. Aber schon jetzt alle Angaben zu machen, bevor zum Beispiel die Vereinigten Staaten von Amerika überhaupt ein Ziel für die mittlere Sicht – sagen wir für 2020 – erarbeitet haben, das halte ich verhandlungstaktisch für falsch. Wir können als Europäer das Problem nicht alleine lösen, aber wir wollen Vorreiter sein; das sage ich hier zu.

Meine Damen und Herren, das Zusammenwachsen der europäischen Volkswirtschaften im gemeinsamen Binnenmarkt ist die entscheidende Grundlage für Wohlstand und Wachstum unseres Kontinents. Jeder Mitgliedstaat handelt heute mit all seinen EU-Partnern mehr als mit allen anderen Ländern außerhalb der Europäischen Union. Die natürliche Folge ist, dass wir aufs Engste

- (B) verflochten sind und dass sich jede Maßnahme in einem Land natürlich sofort auf die Situation in allen anderen Mitgliedstaaten auswirkt.

Deshalb ist es zwingend notwendig, dass wir uns seit Beginn der Krise laufend und intensiv im Kreis der Mitgliedstaaten – bei den Finanzministern, bei den Außenministern, auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs – abstimmen. Der französische Präsident und ich hatten deshalb Anfang März zu einem Sondertreffen eingeladen. Es ist richtig, dass wir im Mai noch einmal zu einem Sondertreffen der Europäischen Union zusammenkommen, um uns über die Beschäftigungschancen in der Krise auszutauschen.

Wir haben beim Rat im Dezember, also beim zurückliegenden Rat, innerhalb der Mitgliedstaaten mit der Kommission abgestimmt, dass wir unsere nationalen Konjunkturpakete koordinieren. Die Europäische Union hat für 2009 und 2010 einen **Konjunkturimpuls** von über 400 Milliarden Euro auf den Weg gebracht, einschließlich der automatischen Stabilisatoren. Das sind 3,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union. Deutschland hat daran mit 80 Milliarden Euro einen wesentlichen Anteil. Unser Beitrag ist ausweislich der Zahlen der Kommission mit 4,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Jahre 2009 und 2010 beziffert. Das heißt, wir sind in der Spitzengruppe. Wir leisten Überdurchschnittliches. Ich finde das richtig, weil wir als Exportnation natürlich ein Interesse daran haben, dass die Weltwirtschaft wieder auf die Beine kommt.

Wir können dies selbstbewusst sagen und deutlich machen; das halte ich für ganz wichtig. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Unsere Maßnahmen fügen sich in das ein, was die Europäische Kommission vorgegeben hat. Sie sind Anreize für zusätzliche Investitionen in Bildung und Forschung, in Infrastruktur und in Klimaschutz. Wir helfen Unternehmen, die aufgrund der Finanzmarktkrise keine Kredite bekommen, mit unserem Bürgschaftsprogramm. Wir stärken die private Nachfrage durch eine Senkung von Steuern und Abgaben, und wir sichern Beschäftigung, zum Beispiel durch die Verlängerung der Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld. Das ist im Übrigen ein Modell, das jetzt in vielen europäischen Staaten Nachahmung findet, weil es eine wirkliche Brückenfunktion im Zusammenhang mit der Krise erfüllt. Wir erleben das jeden Tag in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir folgen damit auch komplett der sogenannten **Lissabon-Strategie**, also der Wachstumsstrategie der Europäischen Union, die traditionell Gegenstand der Beratungen des Frühjahrsrates ist.

Elemente unserer Strategie sind Maßnahmen zur Förderung der Innovationsfähigkeit und zum Bürokratieabbau, der in Europa glücklicherweise vorankommt, sowie weitere Schritte auf dem Weg zur kohlenstoffarmen Wirtschaft. Über zusätzliche Anreize durch gemeinsame europäische Projekte werden wir auf diesem Rat diskutieren. Deutschland hat allerdings deutlich gemacht, dass wir – wir werden nur zustimmen, wenn dies Eingang in die Beschlüsse findet – zusätzliche Maßnahmen nur akzeptieren können, wenn sie 2009 oder 2010 wirklich

(D) substanzial begonnen werden; denn es macht keinen Sinn, Geld für die Jahre 2013, 2014 oder 2015 auszugeben, weil die Krise dann – davon gehen wir aus – längst überwunden sein wird. Das muss sicher sein. Dafür treten wir ein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es geht darum, dass wir jetzt nicht schon wieder die nächsten Konjunkturmaßnahmen fordern.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Sehr richtig!)

Ich halte davon überhaupt nichts. Die jetzigen Maßnahmen müssen wirken;

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

sie müssen ihre Wirkung entfalten können. Ein Überbietungswettbewerb von Versprechungen wird mit Sicherheit keine Ruhe in die Entwicklung bringen. Deshalb halte ich es für außerordentlich gefährlich, wenn jetzt transatlantische Gegensätze aufgebaut werden. Ich bin dem amerikanischen Präsidenten sehr dankbar dafür, dass er seinerseits gesagt hat, dass es sich hierbei um eine künstliche Diskussion handelt. Wir brauchen psychologisch gute Signale von London und keinen Wettbewerb um nichtrealisierbare Konjunkturpakete. Wir haben unseren Beitrag jetzt erst einmal geleistet, und der muss wirken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**

(A) Deutschland ist in einer guten Lage, weil wir in den letzten Jahren unsere Staatsfinanzen konsolidiert haben. Dadurch haben wir haushaltspolitische Spielräume gewonnen, um in dieser Krise zu agieren. Es ist ganz wichtig, dass wir auf dem Rat, der heute und morgen stattfindet, das Signal setzen, dass wir nach der Krise zur nachhaltigen öffentlichen Finanzpolitik zurückkehren. Das ist aus meiner Sicht und aus Sicht der Bundesregierung unbedingt erforderlich, um sicherzustellen, dass Vertrauen in die Märkte hineinkommt und das Vertrauen der Bürger wächst; es wäre falsch, wenn die Angst vor zukünftigen Steuererhöhungen schon heute das Konsumverhalten bestimmen würde.

Deshalb ist es ein elementarer Fortschritt, dass es in der Föderalismuskommission II gelungen ist, im Grundgesetz eine Schuldenbremse zu verankern, über die wir nächste Woche debattieren werden. Ich möchte mich ganz herzlich bei Herrn Struck und bei Herrn Oettinger dafür bedanken, dass sie diese Föderalismuskommission zum Erfolg geführt haben.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Wir hätten vielleicht kein Ergebnis bekommen, wenn die Zeiten ganz normal gewesen wären. Dass wir in dieser Krise die Kraft aufgebracht haben, diese Maßnahmen zu vereinbaren, ist etwas, was international sehr wohl registriert wird; es findet allerdings auf internationaler Ebene leider noch nicht so viele Nachahmer, wie ich mir das wünschen würde. Deutschland kann und sollte hierfür wirklich werben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

(B) Wir werden uns auf dem Europäischen Rat über die verschiedenen Maßnahmen austauschen. Wir werden noch einmal deutlich machen, dass die Abschottung von Märkten oder die Diskriminierung im europäischen Binnenmarkt kontraproduktive Verhaltensweisen sind – das sind die falschen Antworten auf die Krise – und dass es in dieser Krise nicht um Subventionswettkämpfe gehen kann, weil auch das das Vertrauen zerstört. Das heißt, wir müssen die grundlegenden **Ordnungsprinzipien** einhalten, die glücklicherweise durch die Europäische Union vorgegeben sind. Die Europäische Kommission ist die Hüterin der Verträge. Die Regeln des europäischen Binnenmarktes haben sich in den vergangenen Jahrzehnten bewährt, und sie haben auch in der Krise Gültigkeit.

Allerdings sage ich auch: Die Kommission tut gut daran, wenn auch sie auf diese krisenhafte Situation reagiert. Das gilt für Bearbeitungszeiträume, und das gilt zum Teil für Lockerungen im Beihilferecht. Ich sage ausdrücklich, dass dies befristet sein sollte.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Telekom!)

Das gilt für Ausschreibungsmöglichkeiten, die beschleunigt werden müssen. Dabei müssen die Flexibilitätsinstrumente, die der Stabilitäts- und Wachstumspakt vorsieht, genutzt werden.

Ein ganz wesentlicher Punkt, den Deutschland im Ecofin-Rat schon eingebracht hat und auf dem Europäi-

schen Rat noch einmal einbringen wird, ist, dass wir sicherstellen müssen, dass die prozyklischen Wirkungen des **Basel-II-Abkommens** – verständlicher gesagt: die Tatsache, dass sich die Kreditbedingungen in der Krise immer weiter verschärfen, wenn eine Branche in einer schwierigen Situation ist – befristet ausgesetzt werden, damit wir nicht im Frühjahr oder Sommer in eine Kreditklemme geraten, die sozusagen durch Basel II selbst erzeugt ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir werden sehr dafür kämpfen, das durchzusetzen. Das kann mehr wert sein als manch weiteres Konjunkturprogramm. Ich weise an dieser Stelle darauf hin, dass unsere amerikanischen Partner Basel II nie vollständig umgesetzt haben und dass es dadurch einen extremen Wettbewerbsunterschied gibt. Das können wir uns in der jetzigen Situation nicht leisten.

Wir werden ein klares Bekenntnis zum **Stabilitäts- und Wachstumspakt** abgeben. Wir werden von deutscher Seite die Kommission ermuntern, die öffentlichen Haushalte in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr sorgfältig zu überprüfen und Wert darauf zu legen, dass nach der Krise ein Ausweg zu soliden Finanzen gefunden wird. Das Beispiel des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts zeigt ebenso wie die Regeln des Binnenmarktes, dass Europa uns einen gemeinsamen Handlungs- und Orientierungsrahmen bietet, den wir natürlich nutzen wollen und der uns zu einem kohärenten und gemeinschaftlichen Verhalten und Handeln bringt.

(D) Wir müssen konstatieren, dass einige Mitgliedstaaten – nicht nur Unternehmen, nicht nur Banken, sondern auch Mitgliedstaaten – in eine Notsituation geraten sind. Diese Mitgliedstaaten können – das haben wir immer wieder deutlich gemacht – auf unsere Solidarität zählen. Wir haben uns bereits im Dezember des vergangenen Jahres darauf verständigt, dass wir versuchen, die Strukturfonds insbesondere für die **mittel- und osteuropäischen Länder** schneller zur Umsetzung zu bringen. Auch hier ist die Kommission gefordert, bürokratische Hemmnisse abzubauen. Es liegt nicht immer nur an den Mitgliedstaaten, sondern zum Teil auch an der Möglichkeit, diese Strukturfonds überhaupt anzuwenden. Den Mitgliedstaaten, die finanziell in Not geraten sind, werden wir helfen. Wir haben dies bereits an den Beispielen Ungarn und Lettland gezeigt; wenn es andere Mitgliedstaaten trifft, wird das auch dort der Fall sein.

Wir haben seitens der Bundesregierung verabredet, dass wir gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Entwicklungsbank darüber sprechen, wo und wie wir bei der Restrukturierung der Bankenlandschaft in den mittel- und osteuropäischen Ländern eventuell Hilfe leisten können. Denn die mittel- und osteuropäischen Länder sind für uns ein wichtiger Exportmarkt. Wenn dort die Kreditvergabe und die Finanzkreisläufe völlig zum Erliegen kommen, ist das nicht nur ein Schaden für diese Länder, sondern dann zeigt sich, dass es auch in unserem Interesse ist, dass wir dort tätig werden. Deshalb wollen wir durchaus helfen.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) Aber wir müssen – auch in Richtung der Länder, die sich im Augenblick mit politischen Entscheidungen leider sehr schwer tun – sagen: Die wesentliche Verantwortung liegt bei den Mitgliedstaaten bzw. Ländern, denen wir helfen. Ich denke, dass wir zum Beispiel in Bezug auf die Ukraine alles unternehmen sollten, damit die notwendigen Handlungen dort erfolgen und das Land nicht immer weiter in Schwierigkeiten gerät.

Meine Damen und Herren, neben dem aktuellen Krisenmanagement werden wir heute und morgen auch beraten, welche Lehren wir aus der Entstehung der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise ziehen. Denn es muss uns gelingen, derartige Krisen in der Zukunft zu vermeiden. Es ist ganz offensichtlich, dass der bisherige Finanzmarktrahmen nicht mit der Globalisierung der Finanzmärkte Schritt gehalten hat. Es gibt dafür eine Vielzahl von Ursachen: Regelungsdefizite und völlig falsch gesetzte Anreize. Das alles hat zu einer verhängnisvollen Kettenreaktion geführt, die die gesamte Weltwirtschaft in diese Krise gestürzt hat. Zur Wahrheit gehört die Tatsache – es macht keinen Sinn, darum herumzureden –, dass manche Fehlanreize und Regelungsdefizite zum Teil politisch unterstützt und nicht bekämpft wurden. Die Politik kann sich an dieser Stelle nicht herausreden und sagen, dass sie von nichts gewusst hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Deutschland gehörte zu denen, die in diesem Zusammenhang vieles angemahnt haben.

- (B) (Lachen bei Abgeordneten der LINKEN)

– Auch wenn Sie das nicht zur Kenntnis nehmen wollen,

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Ist auch nicht so wichtig!)

kann ich Ihnen nur sagen, dass es so war. Aber Sie wissen es offenbar besser.

Meine Damen und Herren, was die Dimension der Krise, die wir derzeit erleben, angeht, stelle ich fest: Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um den Aufbau einer neuen, noch nicht existierenden internationalen **Finanzmarktverfassung**. Dies steht auch im Vordergrund des G-20-Treffens Anfang April dieses Jahres.

Der erste Weltfinanzgipfel im November vergangenen Jahres in Washington war ein Meilenstein. Dort wurde zum ersten Mal ein Aktionsplan zur Neugestaltung der Finanzmärkte verabredet. Dieser Aktionsplan ist sehr konkret und umfasst knapp 50 Punkte. Wir haben uns damals darauf geeinigt, den wirtschaftlichen Ordnungsrahmen den globalen Bedingungen anzupassen und für eine lückenlose Regulierung bzw. Aufsicht der Finanzmärkte zu sorgen.

Der Londoner Gipfel wird natürlich ein Stück weit als Beweis dafür dienen, ob wir wirklich in der Lage sind, das, was wir uns vorgenommen haben, umzusetzen. Um dieses Ziel zu erreichen, habe ich die europäischen G-20-Teilnehmer eingeladen, um sich auf eine gemeinsame europäische Position zu einigen. Wir werden das auf

dem Europäischen Rat noch einmal bekräftigen. Die Finanzminister haben erhebliche Vorarbeiten geleistet. Ich glaube, man kann sagen, dass die Fortschritte sichtbar sind, dass wir aber noch nicht am Ende dessen sind, was wir in London erreichen wollen. (C)

Wir haben uns darauf verständigt, dass Orte, Akteure und Produkte der Transparenz und Überwachung bedürfen. Gerade im Hinblick auf Steueroasen sage ich, dass es richtig und unabdingbar ist, Ross und Reiter beim Namen zu nennen. Allein diese Androhung hat bereits dazu geführt, dass sich viele Staaten, insbesondere im europäischen Raum, zu Wort gemeldet und dazu beigetragen haben, dass die OECD-Standards anerkannt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Dr. Peter Struck [SPD]: Sehr gut, Herr Steinbrück! – Gegenruf des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr gut? Das ist ein Rüpel! – Gegenruf des Abg. Dr. Peter Struck [SPD]: Das musst du gerade sagen!)

Ich hoffe, dass uns in London ein wesentlicher Schritt gelingt. Ich glaube, dass wir auf einem guten Weg sind.

Deutschland wird auf jeden Fall Wert darauf legen – darüber habe ich neulich auch mit dem französischen Präsidenten gesprochen –, dass auf dem Londoner Gipfel die Frage „Welche Lehren ziehen wir aus dieser Krise?“ in den Mittelpunkt gerückt wird und man sich nicht nur mit aktuellen Fragen der Krisenbekämpfung beschäftigt. Das halte ich für sehr wichtig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn wir uns die Ursachen dieser Krise vergegenwärtigen, stellen wir fest: In Wahrheit ist sie das Ergebnis langfristiger Entwicklungen, die immer wieder zugelassen haben, dass Länder über ihre Verhältnisse gelebt haben. Deshalb halte ich die deutsche Schlussfolgerung, eine **Schuldenbremse** zu verankern, auch wenn dieser Weg mühevoll wird und viele schon heute besorgt sind, welche Folgen sie in den nächsten Jahren für unsere Haushalte haben wird, für sehr wichtig. (D)

(Beifall des Abg. Dr. Michael Meister [CDU/CSU])

Wir können nicht so weitermachen wie bisher und sozusagen von Krise zu Krise eilen. Wenn wir uns die Vergangenheit vor Augen führen, stellen wir fest: Ende der 90er-Jahre haben wir eine schwere Asien-Krise erlebt. Anfang des 21. Jahrhunderts gab es die sogenannte New-Economy-Krise. Jetzt befinden wir uns in einer noch schlimmeren weltweiten Krise. Wir müssen alles tun – das beschäftigt mich sehr, weil wir darüber kontroverse Auseinandersetzungen führen und manchmal vielleicht auch als diejenigen dastehen, die nicht bereit sind, so viel auszugeben wie andere –, damit wir nicht geradezu gesetzmäßig in die nächste Krise laufen. Wir haben inzwischen drei große Krisen erlebt. Wenn die Menschheit daraus nicht die richtigen Lehren zieht, dann hat sie nichts verstanden. Die Folgen wären wirklich schwerwiegend.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**

- (A) Da unsere Aufgabe nicht nur darin besteht, Finanzprodukte und Finanzmärkte zu regulieren, habe ich vorgeschlagen, dass wir gemeinsam eine **Charta des nachhaltigen Wirtschaftens** entwickeln. Das hat bei den europäischen G-20-Teilnehmern große Zustimmung gefunden. Ich hoffe, dass wir uns dies in London vornehmen können.

Nachhaltiges Wirtschaften heißt, Prinzipien festzulegen, die verhindern, dass wir dauerhaft über unsere Verhältnisse leben und dass wir Ressourcen in Anspruch nehmen, die wir nicht regenerieren können. Nur wenn sich die Welt gemeinsam auf einen solchen Anspruch verständigt, wird es möglich sein, in der Zukunft Krisen zu verhindern.

Globalisierung bedeutet, dass wir uns das nicht alleine vornehmen. Jedes Land muss natürlich seinen Beitrag leisten. Globalisierung bedeutet aber eben auch, dass wir miteinander, international, verabreden müssen, dass keiner von diesen Standards abweicht. Es reicht nicht, zu sagen, dass kein Land eine Steueroase sein darf. Darüber hinaus müssen sich alle zum nachhaltigen Wirtschaften verpflichten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich bin also der Meinung, dass wir alle Möglichkeiten haben, statt Angst und Ohnmacht Zuversicht und aktives Handeln zu gestalten. Es muss der Wille dazu da sein. Ich sage für die Bundesregierung, dass dieser Wille da ist. Ich sage auch, dass wir mit unserer Erfahrung im 60. Jahr der Bundesrepublik Deutschland und mit über 60 Jahren Erfahrung mit der sozialen Marktwirtschaft einen Beitrag dazu leisten können. Das heißt, dass der Staat bereit ist, als Hüter der Ordnung aufzutreten, und das heißt, dass sich Staaten in der globalen Welt gemeinsam darauf verständigen, Institutionen zu akzeptieren, die überwachen und kontrollieren, ob die Staaten die gemeinsam verabschiedeten Prinzipien einhalten.

- (B) Die wesentliche Frage ist: Gibt es eine solche Bereitschaft? Die europäischen Mitgliedstaaten kennen sich damit aus. Sie haben Aufgaben an die Europäische Kommission und an das Europäische Parlament abgegeben. Es ist uns nicht immer leichtgefallen, aber es hat die Grundlage dafür geschaffen, dass wir heute in der Europäischen Union gemeinschaftlich agieren können. Dieser Prozess muss sich vollziehen, auch auf der internationalen Ebene. Wir werden mit unseren nationalen Erfahrungen mit der sozialen Marktwirtschaft und mit der Erfahrung aus der europäischen Zusammenarbeit unseren Beitrag dazu leisten. Ich glaube, dass wir dazu die Unterstützung dieses Hohen Hauses haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort erhält zunächst der Kollege Dr. Guido Westerwelle für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

**Dr. Guido Westerwelle (FDP):**

(C)

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Regierungserklärung der Frau Bundeskanzlerin ist in weiten Teilen so allgemein gehalten, dass man ihr nur zustimmen kann. Es ist kein Wunder, dass sie nicht wirklich konkret wurde. Würde sie konkret, dann würde offensichtlich, dass es in ihrer Regierungskoalition mehr Streit als Einigkeit gibt.

(Beifall bei der FDP)

Sie sagen, Sie glauben, dass Sie für Ihre Politik die Unterstützung dieses Hohen Hauses haben. Der Glaube soll bekanntlich Berge versetzen. Es ist aber mittlerweile offensichtlich geworden, dass Sie sich nicht mehr einig sind.

Diese Regierungserklärung findet vor dem Hintergrund eines Tiefpunkts in der Beziehung der Koalition, die die Bundesregierung trägt, statt. Am heutigen Tage ist zu lesen, dass der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei gesagt hat, Merkels internationale Auftritte seien nicht glaubwürdig, wenn sie zulasse, dass im Inland Gesetze gegen die Steuerflucht blockiert würden. Er sagt außerdem, Merkel sei nur noch Geschäftsführerin der Bundesregierung. Meine Damen und Herren, wer in Europa einigen will, sollte wenigstens in der eigenen Bundesregierung zur Einigkeit fähig sein.

(Beifall bei der FDP)

Nicht glaubwürdig, Schutzpatron der Steuerhinterzieher, nicht mehr Kanzlerin, sondern Geschäftsführerin: Wie soll Deutschland nach außen Führung zeigen, wenn es nach innen nicht geführt wird?

(D)

(Beifall bei der FDP)

Wir haben schon zu Beginn dieser Krise in zahlreichen Debatten auch in diesem Hohen Hause festgestellt, dass wir uns im Grundsätzlichen – gerade auch was die Europapolitik angeht – einig sind. Die Europäische Union hat sich in der Finanz- und Wirtschaftskrise als ein Glücksfall erwiesen. Wenn es sie nicht schon längst gegeben hätte, dann hätte man sie spätestens jetzt erfinden müssen. Kein europäisches Land wäre in der Lage gewesen, der Krise im Alleingang etwas entgegenzusetzen. Ohne den Euro beispielsweise hätte die Finanzkrise schnell zur Währungskrise werden können mit fatalen Folgen für unsere Exportwirtschaft.

Die Unabhängigkeit der **Europäischen Zentralbank** und ihre Orientierung an der Geldwertstabilität haben ihren Wert bewiesen. Es hat sich auch gezeigt, wie wichtig der gemeinsame Markt für Wohlstand und Stabilität in Europa ist.

(Beifall bei der FDP)

Klar ist aber auch, und das wissen wir alle auch am heutigen Tage: Der Test ist noch nicht bestanden. Die Europäische Union muss auch und gerade in der Krise geschlossen und entschlossen handeln. Sie muss an ihren **Grundsätzen** festhalten. Auch darin sind wir uns einig: Es darf keinen Rückfall in überwunden geglaubtes Denken, in Protektionismus, in Abschottungspolitik und natürlich auch nicht in Subventionswettläufe geben.

Dr. Guido Westerwelle

- (A) Deswegen ist Ihre Bemerkung, Frau Bundeskanzlerin, angemessen und auch richtig, wenn Sie sagen, es dürfe keinen Wettlauf hinsichtlich der neuen schuldenfinanzierten Milliardenpakete in Europa geben. Darum geht es aber nicht. Es geht nicht darum, dass wir in Deutschland noch ein Konjunkturpaket auflegen, das wir wiederum durch höhere Steuern oder höhere Schulden finanzieren, sondern es geht darum, dass in Deutschland endlich strukturelle Veränderungen der Rahmenbedingungen vorgenommen werden müssen. Wir brauchen kein Konjunkturpaket, das wieder durch Schulden finanziert wird. Was wir jetzt brauchen, ist ein **Strukturpaket**, mit dem die Rahmenbedingungen so verändert werden, dass in Deutschland investiert wird, dass der Mittelstand eine Chance hat, Arbeitsplätze zu schaffen, und dass die Menschen durch niedrigere Steuern und Abgaben wieder Lust auf Leistung haben können. Das ist die Aufgabe, die jetzt angegangen werden muss.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Sie sprechen von der **europäischen Bankenaufsicht**. Sie sagen zu Recht, dass es dafür in Europa Regeln geben muss. Welchen Sinn macht es aber – an die Bundesregierung gefragt –, dass Sie auf europäischer Ebene eine Bankenaufsicht fordern, zu deren effektiver Gestaltung Sie im Inland aber nicht fähig sind, weil Sie sich uneinig sind? In jeder Debatte hören wir von den Kolleginnen und Kollegen der Union – übrigens mit unserer Zustimmung –: Die Bankenaufsicht muss neu organisiert werden. Die Zersplitterung war ungesund. Das ist eine der Ursachen dafür, warum vieles passieren konnte.

- (B) Es geschieht jedoch nichts. Sie gehen an die Zersplitterung der deutschen Bankenaufsicht nicht heran. Wer die deutsche Bankenaufsicht nicht effektiv gestalten kann, dem wird man dies auch nicht auf europäischer Ebene zutrauen, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP)

Was wir jetzt brauchen, sind strukturelle Veränderungen. Dazu zählen aus unserer Sicht neben dem großen Thema eines gerechteren Steuersystems vor allen Dingen auch der Abbau der Bürokratie und die Beseitigung von Investitionshemmnissen. Das wäre ein **Strukturpaket**, das beschlossen werden müsste und das den Staat keinen einzigen Euro kostet.

Dieses Strukturpaket könnte beispielsweise darauf abzielen, die ideologische **Energiepolitik** zu beenden, auf einen vernünftigen Energiemix zu setzen und dafür zu sorgen, dass auch in Deutschland moderne, saubere und effiziente Kraftwerke gebaut werden können, die alte und schmutzige Kraftwerke ablösen. Wenn Sie das täten, wenn Sie endlich in der Energiepolitik die ideologischen Bremsen Ihrer Politik lösen würden, dann könnten etwa 40 Milliarden Euro private Mittel in den Wirtschaftskreislauf fließen.

Sie sagen, die SPD verhindere dies. Das ist aber zu wenig. Sie führen unser Land. Jedenfalls ist dies das, was in dem Wort „regieren“ der Wortwurzel nach enthalten ist. Sie können sich nicht immer hinter der Aussage

verstecken, dass Sie sich nicht durchsetzen können. Es ist in diesen Zeiten der Krise Ihre Aufgabe, unser Land strukturell so zu verändern, dass wir eine echte Chance haben, aus der Krise herauszukommen. (C)

90 Prozent der Investitionen in Deutschland werden von Privaten getätigt. Sie können noch 1 000 Konjunkturpakete des Staates beschließen, wenn Sie die **Investitionsbedingungen für die Privaten** nicht verbessern,

(Joachim Poß [SPD]: Tun wir doch!)

indem Sie die Bürokratie und die Ideologie in diesem Land endlich abschaffen.

(Beifall bei der FDP – Joachim Poß [SPD]: Sie haben von nichts Ahnung und davon reichlich!)

Wir wissen, dass 20 Milliarden Euro darauf warten, in Infrastruktur im Bereich der Energie investiert zu werden. Wir wissen beispielsweise auch, dass in die Flughafeninfrastruktur ebenfalls 20 Milliarden Euro investiert werden könnten. Die Meinung, Konjunkturpakete müssten für den Staat teuer sein, ist falsch. Jetzt müssten Strukturpakete geschnürt werden. Die Chance der Krise kann man nutzen, indem man jetzt die strukturellen Veränderungen durchsetzt, die in Deutschland ohnehin dringend angegangen werden müssen; das ist überfällig.

(Beifall bei der FDP)

Da wir mittlerweile nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa über die Steuerpolitik reden, ist es für unsere Bürgerinnen und Bürger schon von einem gewissen Interesse, festzustellen, dass Sie die **Harmonisierung des europäischen Steuerrechts** in Deutschland ausschließlich so verstehen, dass wir in Richtung der Steuersätze der Länder harmonisieren, in denen sie höher als in Deutschland sind. Das ist keine Harmonisierung. (D)

In der letzten Woche wurde auch durch unseren Finanzminister beschlossen, dass die europäischen Länder ermäßigte Mehrwertsteuersätze einführen können. 22 europäische Staaten machen davon Gebrauch. Anschließend haben Sie in Deutschland erklärt: Wir in Deutschland tun das aber nicht, weil wir das nicht wollen. – Damit vorenthalten Sie dem deutschen Mittelstand faire Chancen. Den anderen geben Sie die Möglichkeit, Steuern zu senken, unseren Bürgern und unserem Mittelstand verweigern Sie das. Das ist unfair, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP)

Nicht alle anderen sind die Geisterfahrer in Europa, sondern wir sind es. Wir Deutschen sind in der Steuerpolitik die Geisterfahrer in Europa;

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind es!)

denn 22 europäische Staaten in der Europäischen Union, also die überwiegende Mehrheit, gehen diesen Weg, den Sie den deutschen Bürgerinnen und Bürgern verweigern. Das halten wir für falsch.

Dr. Guido Westerwelle

- (A) Wer das Thema mit dem einfachen Wort „Steuroase“ angeht, der macht es sich natürlich zu einfach. Natürlich müssen wir die **Steuerkriminalität und die illegale Steuerflucht** bekämpfen. Natürlich ist es richtig, dass wir auch in Europa und in der Welt die Regeln der OECD anwenden wollen.

(Peer Steinbrück, Bundesminister: Aha!)

– Herr Steinbrück, weil Sie gerade „Aha“ gerufen haben: Die Frage ist, ob man das mit der Peitsche tut bzw. indem man der Schweiz mit der Kavallerie gegen Indianer droht. Sie können ja nicht einmal mit der Schweiz Frieden halten.

(Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]: Steueroasen abschaffen, Herr Westerwelle!)

Herr Steinbrück, Herr Finanzminister, ich muss Ihnen wirklich sagen: Diese Art und Weise des Umgangs mit unseren Nachbarländern ist eine schlicht undiplomatische Unverschämtheit. Das wird auch hier zu einem Thema gemacht werden müssen. Das ist eine schlichte Unverschämtheit.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Da hat er leider recht! – Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]: So ein Quatsch! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Es ist sehr interessant, dass Sie das gutfinden.

(Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]: Steueroasen-Guido!)

- (B) – Jetzt wurde gerade ein schöner Zwischenruf zur Steuroase gemacht. Ich will Ihnen das einmal wie folgt erklären, Herr Kollege:

(Lachen bei der SPD)

Für den normalen Bürger ist in der Regel weniger die Oase, sondern vielmehr die Wüste drum herum das Problem.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der SPD)

Ich sage Ihnen: Dieselbe Energie, die Sie dafür aufwenden, Steueroasen auszutrocknen, sollten Sie dafür aufwenden, dass die deutsche Steuerwüste durch niedrigere Steuern endlich wieder fruchtbarer wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, das ist das Mittel, das man anwenden sollte.

(Beifall bei der FDP – Kurt Bodewig [SPD]: Steuerhinterziehung als Steuerförderung!)

Hinterher höre ich bestimmt wieder von Ihnen: „Schade, dass wir bei euch nicht klatschen durften!“

(Heiterkeit bei der FDP)

Der entscheidende Punkt ist aber, Frau Bundeskanzlerin: Statt dass Sie als Regierungschefin Deutschlands ein Wort der Diplomatie an unsere Nachbarn richten, sagen Sie – ganz im Bild von Herrn Steinbrück bleibend –, man müsse Ross und Reiter nennen, mit der Peitsche drohen und die Kavallerie gegen die Indianer ins Feld schicken.

(Widerspruch bei der SPD)

(C)

Ich glaube, diese Art und Weise ist schlichtweg unverantwortlich. Sie haben Ihren Kompass in der Regierung verloren. Sie sind zu einem wirklich kraftvollen und machtvollen Führen in Europa nicht mehr fähig. Diese Debatte zeigt, dass Sie auch inhaltlich nicht mehr einig sind. Mittlerweile ist die Koalitionszerrüttung so weit fortgeschritten, dass deutsche Interessen auch auf internationaler Ebene beschädigt werden.

(Kurt Bodewig [SPD]: Steuerhinterziehung ist kein Teil deutscher Interessen!)

Das ist schlecht für unser Land.

Ich danke sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der FDP – Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]: Das war der Wüsten-Guido!)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Für die SPD-Fraktion erhält nun der Kollege Joachim Poß das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Joachim Poß (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Westerwelle, ich freue mich, dass Sie für die Öffentlichkeit vernehmbar Ihre tiefe Sympathie für die Staaten geäußert haben, die mit ihren Regelungen mit dafür sorgen, dass den ehrlichen deutschen Steuerzahlern Milliarden entzogen werden.

(D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der FDP)

Denn die Rechnung für diese systematische **Steuerhinterziehung** zahlen die ehrlichen Steuerzahler in Deutschland. Dass Sie, der sich dem Vernehmen nach in der Finanzszene der **Schweiz** gut auskennt, Herr Westerwelle, das so unverhohlen sagen, trägt sehr zur Klarheit in der deutschen Öffentlichkeit bei. Wir haben in den nächsten Tagen und Wochen einiges zu diskutieren. Dann wollen wir mal sehen, was die Umfragen ausweisen und wie viele Menschen wirklich wollen, dass ein solches sozial-schädliches Verhalten vom selbsternannten Oppositionsführer im Deutschen Bundestag unterstützt wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Schicken Sie doch die Kavallerie!)

Sie haben Ihre Sympathie erklärt. Offen geblieben ist dabei Ihre inhaltliche Position

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Steuersenkungen!)

zu den vom Bundesfinanzminister und anderen aufgeworfenen Fragen bezüglich der Schweiz.

(Jörg van Essen [FDP]: Das hat er doch eben gesagt! Sie haben nicht zugehört!)

Joachim Poß

- (A) – Nein. Er hat Sympathie für die Schweiz ausgedrückt, offenkundig auch für das übersteigerte Bankgeheimnis der Schweiz.

(Jörg van Essen [FDP]: Das ist doch Unsinn! Sie haben nicht zugehört!)

Wie ich gehört habe, lassen Sie sich auch gerne von den Profiteuren dieser Steuerhinterziehung einladen, Vorträge zu halten, Herr Westerwelle. Sie kennen sich also wirklich aus.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Aber leider nicht so oft wie Herr Schröder, Herr Kollege!)

Darüber wird, wie gesagt, noch zu reden sein.

Sie sollten lieber über die Sache reden – nämlich über die sozialschädlichen Steuerhinterzieher –, statt sich mit der Stilkritik an einem Regierungsmitglied aufzuhalten, dem man im Ergebnis attestieren muss, dass der Druck, der in den letzten Wochen und Monaten vornehmlich unter dem Einfluss der Finanzkrise aufgebaut wurde, zum Erfolg geführt hat. In die sogenannten Steueroasen ist schließlich Bewegung gekommen. Die Frage ist aber, ob das ausreicht, um weltweit und in Europa zu einem **fairen Steuerregime** zu kommen. Diese Frage muss hier beantwortet werden.

(Beifall bei der SPD)

Nach allem, was man bisher erkennen kann, reichen die von der Schweiz und anderen angekündigten Schritte unseres Erachtens nicht aus. Darüber wird in der Sache zu reden sein. Das wird ein Thema auf dem nächsten

(B) Treffen – ich nehme an, das ist der sehr wichtige G-20-Gipfel – sein. Ich freue mich, dass sich die Frau Bundeskanzlerin heute Morgen so uneingeschränkt zugunsten einer Einschränkung dieser Steuerfluchtmöglichkeiten und gegen die Steueroasen geäußert hat, weil sie, wie wir alle, weiß, dass wir nur dann zu einer fairen Finanzmarktregulierung für die Zukunft kommen können, wenn die internationalen Fluchtpunkte des Geldes ausgetrocknet werden.

(Beifall bei der SPD)

Aber dabei muss man glaubwürdig bleiben. Dann muss die nationale Politik auch dem entsprechen, was auf der europäischen und der internationalen Ebene von uns gefordert ist. Deswegen herrscht bei uns ein solches Unverständnis, dass aus der Fraktion des Koalitionspartners eine Blockade in einer so zentralen Frage errichtet wird. Das erhöht nicht unsere internationale **Glaubwürdigkeit**.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE] und Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Daher fordere ich den Koalitionspartner in aller Sachlichkeit und Friedlichkeit

(Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin: Freundschaft!)

– „Freundschaft“ ist ein so oft missbrauchtes Wort, Frau Merkel, wie Sie wissen – sowie in aller Freundlichkeit auf, diese Blockade aufzugeben; denn in der Tat stärkt

das weder unsere Glaubwürdigkeit im Innern noch unsere internationale Glaubwürdigkeit im Kampf gegen Steueroasen. (C)

International herrscht inzwischen eine große Übereinstimmung, was die Überschriften der notwendigen Schritte in der Finanzmarktregulierung und im Kampf gegen Steueroasen angeht. Glaubwürdig sind wir nur, wenn wir das auch national unterfüttern. Ich füge mit Blick auf manche Abstimmungen im Europäischen Parlament hinzu: Auch die deutschen Europaabgeordneten sind im Rahmen der europäischen Rechtsetzung gefragt, sich der Einflussnahme und den Interessen der Finanzindustrie zu entziehen. Da reichen gefällige Formulierungen hier im Deutschen Bundestag für eine Partei nicht aus, wenn man sich dann bei der konkreten Entscheidung, wenn es darauf ankommt, anders verhält.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen sage ich für uns Sozialdemokraten ausdrücklich: Wir werden uns sehr intensiv mit dem Kleingedruckten befassen. Die Überschriften reichen uns nicht.

Natürlich freue ich mich, dass bei den Vorschlägen, die jetzt in der Diskussion sind, die Vorarbeiten der Sozialdemokraten – namentlich das Papier von Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück – eine wichtige Rolle spielen. Ich finde, dass die „**Finanzmarktgrundsätze**“, über die auch in der letzten Runde des Koalitionsausschusses diskutiert wurde, die richtige und wichtige Grundlage für weitere Lösungen bei uns in Deutschland, auf europäischer Ebene und weltweit darstellen. (D)

Die Regulierung bisher unregulierter Marktbereiche, Regeln für alle Produkte und alle Akteure, der Aufbau einer effektiven grenzüberschreitenden Aufsicht über Banken und andere Finanzakteure, eine bessere Kontrolle der Ratingagenturen, aber auch eine stärkere Bedeutung des Internationalen Währungsfonds und des Forums für Finanzstabilität – um nur einige Punkte zu nennen –, das alles wird heute nicht nur vom sozialdemokratischen Teil des Kabinetts und der Regierungskoalition vertreten, sondern ist unter uns Konsens.

Ich habe aber die Wahrnehmung aus der praktischen Arbeit in der Koalition und im Parlament, dass es noch einiger Überzeugungsarbeit beim Koalitionspartner an dieser oder jener Stelle bedarf, um wirklich durchzukommen. Dass beim Partner manche Erkenntnis nur unter dem Druck der Krise entstanden ist und nicht ganz so freiwillig, finde ich nicht so erfreulich. Aber für die SPD-Bundestagsfraktion möchte ich der Bundeskanzlerin und den anderen beteiligten Regierungsmitgliedern volle Rückendeckung für die anstehenden Treffen in Brüssel und London geben.

Bei allen Turbulenzen und Umstürzen müssen wir in den nächsten Monaten Folgendes bedenken: Das ignorante Verhalten bei AIG, das ganz Amerika in Aufregung versetzt hat, zeigt, wie vorsichtig man auf die Dinge schauen muss. Der **Einfluss der Finanzindustrie** an der Wall Street, in der Londoner City oder in Brüssel ist nach wie vor nicht zu unterschätzen. Im Moment geht es um das Überleben mit massiver staatlicher Unterstüt-

Joachim Poß

- (A) zung. Sobald sich aber die Stürme etwas beruhigen, werden die guten Kontakte der Branche zu den jeweiligen Administrationen wieder genutzt werden, um die anstehende Regulierung möglichst zu entschärfen und die neue Weltfinanzarchitektur im Sinne der Branche zu gestalten. Da müssen wir gemeinsam Obacht geben, weil diese Bemühungen zu registrieren sind. Auf dem Welt-schattenfinanzmarkt haben eben zu viele über lange Jahre zu gut gelebt und sich doof und dämlich verdient, um es umgangssprachlich zu sagen. Diese geben nicht so schnell auf, wie das Verhalten nicht nur bei AIG, sondern auch anderswo zeigt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ihnen müssen wir klarmachen: Wir akzeptieren ein solches Verhalten gesellschaftlich nicht mehr. So ähnlich hat es auch Obama ausgedrückt: Dies kann nicht mehr in Dollar oder Cent ausgedrückt werden, Herr Westerwelle. Auch Sie sollten sich darüber einmal Gedanken machen. Die Frage ist, mit welchem Geist und mit welcher Mentalität wir die soziale Marktwirtschaft in Deutschland und weltweit leben wollen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Lothar Bisky ist der nächste Redner für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Dr. Lothar Bisky (DIE LINKE):**

- (B) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ex-Post-Chef Klaus Zumwinkel hat sich 20 Millionen Euro Pensionsgelder auszahlen lassen. Nach den Strapazen seiner Steuerhinterziehung über die Steueroase Liechtenstein will er jetzt den wohlverdienten Ruhestand auf seinem Schloss am Gardasee genießen. „Einen ganz normalen Vorgang“ nennt er das.

Gleichzeitig nimmt die Zahl der Arbeitslosen zu, auch die der Menschen, die von Kurzarbeit leben müssen oder auf Hartz IV angewiesen sind. Viele Existenzen von kleinen und mittleren Selbstständigen sind in Gefahr oder bereits zerstört. Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt den Menschen das hässliche Gesicht der **gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung**: von maßlos übersteigertem Renditestreben und mangelnder gesellschaftlicher Solidarität geprägt, ohne demokratische Kontrolle und ohne wirkliche demokratische Mitentscheidung der Menschen über die wirtschaftlichen Abläufe.

(Beifall bei der LINKEN)

Das empört, und zwar zu Recht. Ich weiß: Auch manche Kollegin und mancher Kollege aus den Koalitionsparteien teilen diese Empörung. Aber was folgt politisch aus dieser Empörung für ihre Parteien und Fraktionen? Was folgt daraus für die von ihnen getragene Bundesregierung? Wie reagiert die Bundesregierung angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise? Sie macht vor allem eines: Sie reist. Im November vergangenen Jahres ging es mit kaum erkennbarem Gewinn zum Weltfinanzgipfel

- in Washington. Am vorigen Wochenende gab es ein Ministertreffen in London, bei dem der Europäische Rat am Donnerstag vorbereitet werden sollte. Der Europäische Rat soll nun vor allem dazu dienen, die gemeinsamen Positionen von EU und Mitgliedstaaten für den **Finanzgipfel der G-20-Staaten** in London vorzubereiten. (C)

Aber was wird dabei herauskommen? „G20-Finanzminister beschließen nichts“, titelte die *Financial Times Deutschland* am Montag. Ich zitiere:

Konkrete Verpflichtungen für die Regierung oder genaue Größenordnungen für ... weitere Konjunkturpakete wurden nicht beschlossen.

In der Sache kam es zu kaum mehr als Andeutungen. Die Hedgefonds sollen nur registriert und Informationen weitergegeben werden, den sogenannten Schrottpapieren soll allein mit Leitlinien für die einzelnen Länder begegnet werden. – Das wird kaum helfen.

Wir von der Linken bleiben dabei: Wir wollen erstens Hedgefonds verbieten,

(Beifall bei der LINKEN)

zweitens Zweckgesellschaften verbieten, drittens Steueroasen wirksam austrocknen oder verbieten und viertens Verbriefungen verbieten. Nur wenn diese vier Grundübel an der Wurzel gepackt werden, haben wir überhaupt die Chance, den Sumpf aus Gier und Spekulation trocken zu legen.

(Beifall bei der LINKEN)

- Heute und morgen tagt nun der Europäische Rat, der unter anderem für den neuen G-20-Gipfel die Positionen bestimmen soll. Die bisherige Tagesordnung lässt leider nicht ahnen, welche gemeinsamen Ergebnisse zu erwarten sind. Welche Vorschläge der hochrangigen **Larosièr-Gruppe** werden denn von den teilnehmenden Regierungen geteilt? Steht denn die Kommission, die die Arbeitsgruppe im Oktober des vergangenen Jahres eingesetzt hat, überhaupt hinter dem Ganzen oder doch wenigstens hinter einem Teil der Vorschläge? Wie bewertet die Bundesregierung den Bericht? Erst wenn wir von ihr schwarz auf weiß haben, welche konkreten Vorschläge sie für richtig hält, kann eine wirkliche parlamentarische Debatte stattfinden. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Unabhängig davon fällt auf, wie einseitig die „hochrangige Arbeitsgruppe“ besetzt ist. Es sind auffällig viele dabei, die den Finanzsektor mit seinen überhöhten Renditeansprüchen und seinen Spekulationen geradezu beispielhaft repräsentieren: Jacques de Larosière ist Mitvorsitzender der Finanzlobbyorganisation Eurofi und war bis vor kurzem Berater der französischen Bank BNP Paribas. Rainer Masera war Direktor einer europäischen Tochter der Pleitebank Lehman Brothers. Onno Ruding ist Berater der Citigroup. Otmar Issing, früher bei der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Nationalbank, ist Berater von Goldman Sachs. Für die vier anderen Beteiligten – natürlich auch Männer – gilt im Wesentlichen die gleiche Ausrichtung. Eine Gewerkschafterin oder ein Gewerkschafter oder eine unabhängige

**Dr. Lothar Bisky**

- (A) gige Persönlichkeit aus dem Bereich der Wissenschaft findet sich in der Arbeitsgruppe nicht. Dies ist nicht akzeptabel.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Einrichtung dieser „hochrangigen“ Gruppe zeigt also deutlich: Weder die Bundesregierung noch die EU-Kommission sind bereit, die wahren Ursachen der Krise zur Kenntnis zu nehmen, geschweige denn, an ihre Beseitigung zu gehen. Sie machen weiterhin Politik im Interesse der Großbanken und Großkonzerne. Der Hunderte von Milliarden schwere Rettungsschirm ist für die Garantierung von Höchstprofiten und nicht für die Erhaltung von Arbeitsplätzen der Beschäftigten bestimmt. Die Empfehlung von EU-Finanz- und Haushaltskommissar Almunia an die EU-Mitgliedstaaten spricht genau dafür: Die EU-Staaten dürfen nicht mit einer teuren und verfehlten Sozialpolitik auf die steigende Arbeitslosigkeit antworten. Dann würden die Staatsschulden noch mehr anschwellen. Dies ist eine Aufforderung zum **Sozialabbau**.

Um einen nicht des Linksseins verdächtigen Zeugen zu zitieren, trage ich vor, was der Wirtschaftsnobelpreisträger Krugman in seinem neuen Buch schreibt:

Frau Merkel und ihre Beamten glauben anscheinend noch immer, hier herrschten die normalen Regeln der Wirtschaft, die Regeln, die dann gültig sind, wenn man mit Geldpolitik noch etwas ausrichten kann. Sie haben nicht begriffen, dass in Europa wie in Amerika mittlerweile ein Depressionsklima eingezogen ist, in dem die normalen Regeln nicht mehr gelten.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Ich zitiere weiterhin Nobelpreisträger Krugman, einen lesenswerten Mann:

Sobald wir wieder normale Verhältnisse haben, werde ich denjenigen, die wie Herr Steinbrück fiskalische Disziplin predigen, gern die ihnen gebührende Ehre erweisen. Sich jetzt aber an die Orthodoxie zu klammern, ist hochgradig destruktiv für Deutschland, Europa und die Welt.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, die Linke fordert kurzfristig einen Rettungsschirm für die Menschen und langfristig einen grundlegenden Wechsel in der Politik sowohl der Bundesregierung als auch der EU. Wir müssen weg von einer Politik für eine Minderheit der Reichen und hin zu einer Politik, in der die Interessen der Bürgerinnen und Bürger und die Bewältigung der globalen Herausforderungen im Mittelpunkt stehen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Ich erteile dem Kollegen Otto Bernhardt, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Otto Bernhardt (CDU/CSU):**

(C)

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die internationale Finanzkrise zeigt, dass die Rahmenbedingungen versagt haben, die die Politik gesetzt hat.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Und was macht die Politik jetzt?)

Sie zwingt uns, jetzt im politischen Bereich zu handeln.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Guido Westerwelle [FDP], an die CDU/CSU gewandt: Da seid Ihr gelandet!)

Es gibt keine Regierung auf der Welt, die so schnell und umfassend wie die deutsche reagiert hat. Dies sollte man zunächst in aller Deutlichkeit feststellen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Deutschland ist zwar immer noch eine der stabilsten Volkswirtschaften in der Welt – und das ist gut so –, dennoch haben wir, was die Konjunkturpakete anbetrifft, absolut und relativ – relativ heißt, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt – mehr als alle anderen europäischen Staaten gemacht. Was den Gipfel betrifft, so meine ich, wir sollten zunächst einmal alle Maßnahmen wirken lassen und nicht ständig neue Maßnahmen fordern. Sonst besteht die Gefahr, dass bestimmte Maßnahmen erst zu einem Zeitpunkt wirken, zu dem sie eine sich dann vielleicht abzeichnende Inflation verstärken könnten.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es gibt eine Reihe von Punkten, über die wir uns hier im Hause einig sind. Ich sehe jetzt einmal von dem Kampf von Reich gegen Arm ab – der Beitrag meines Vorredners passte nicht in diese Debatte –, der löst die Probleme nicht, sondern erzeugt höchstens Emotionen. Wenn ich also diesen Beitrag weglasse, dann sind wir uns alle darin einig, dass wir mehr Transparenz brauchen. Ich sage als Ordnungspolitiker: Wir brauchen leider auch mehr **Reglementierung**, aber nur im Bereich der Finanzmärkte.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aha, genau!)

Es gibt jetzt eine allgemeine Stimmung auch in Deutschland, in vielen Bereichen mehr zu reglementieren. Wir haben mit der sozialen Marktwirtschaft gute Chancen, aus der Krise herauszukommen. Wenn wir aber jetzt auch die Realwirtschaft, den internationalen Handel usw. stärker reglementieren, dann wird der Weg schwieriger.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deshalb sage ich: Wir haben keine Krise der Marktwirtschaft, wir haben keine Krise der Demokratie, sondern wir haben eine internationale Finanzkrise, und wir sind dabei, die Ursachen zu analysieren, um die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

Ich will einige Punkte aus dieser Debatte aufgreifen, nicht zuletzt um sie richtigzustellen. Ich beginne mit der

Otto Bernhardt

- (A) **Bankenaufsicht.** Zunächst einmal stelle ich fest, dass die Bankenaufsicht in Deutschland in der Krise insgesamt gut gehandelt hat. Das gilt für die Bundesbank, und das gilt für die BaFin.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Bundesregierung hat ein Gutachten in Auftrag gegeben, um all das zu überprüfen. Wir werden die Konsequenzen aus diesem Gutachten ziehen und einige Dinge noch in dieser Legislaturperiode verändern. Das ändert nichts an der Grundposition meiner Fraktion. Da unterscheidet sich unsere Auffassung von der der Sozialdemokraten. In dieser Hinsicht stimmen wir mit den Freien Demokraten überein. Wir sind für eine Konzentration der gesamten Bankenaufsicht bei der Deutschen Bundesbank.

(Hellmut Königshaus [FDP]: Dann macht es doch!)

Nur, in einer Krise wie dieser sollte man keine grundlegenden Veränderungen vornehmen. Wir haben zurzeit andere Sorgen. Da das System im Grundsatz funktioniert, ist jetzt nicht der Zeitpunkt für eine grundlegende Veränderung. Dennoch haben wir ein klares Ziel.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aha!)

Ich greife einen zweiten Punkt auf, der Emotionen hervorruft und zum Teil mit unfairen Vorwürfen verbunden ist. Es geht um die **Steuerhinterziehung** und die **Steueroasen**. Ich finde es infam, wenn immer wieder versucht wird, die Union als die Partei darzustellen, die Spaß an den Oasen hat und die diejenigen Leute, welche Steuern hinterziehen, schützen will. Nein, auch wir sind dafür, dass Steueroasen trockengelegt werden. Für uns ist Steuerhinterziehung kein Kavaliersdelikt. Das, was Herr Zumwinkel gemacht hat, ist für uns nicht akzeptabel, unabhängig von der rechtlichen Position.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jetzt ein Wort zum Finanzminister. Viele wissen, dass ich ihn schätze, aber es gibt einige Verhaltensweisen, die ich nicht schätzen kann. In einer Hinsicht irrt der Finanzminister. Es ergibt keinen Sinn, Staaten, mit denen wir seit Jahrzehnten hervorragende Kontakte haben – für Bayern und Baden-Württemberg ist die Schweiz seit Jahrzehnten ein ganz wichtiger Handelspartner –, öffentlich zu beschimpfen. Das bringt nichts, das ist nicht gut, und das sollten wir nicht machen.

(Joachim Poß [SPD]: Die Schweiz war doch gar nicht genannt!)

– Herr Kollege, man hat sie als Indianer bezeichnet. Sie mussten Ihren Minister verteidigen. Wenn wir einen Minister hätten, der solche Fehler machen würde, würde auch ich ihn verteidigen. Aber Gott sei Dank haben wir keinen, der so etwas sagt. Die Art, wie der Minister mit der Schweiz umgeht, ist nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Joachim Poß [SPD]: Die Schweiz war nicht genannt!)

Ich sage genauso deutlich: Der Ansatzpunkt in dem Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung ist falsch. 95 Prozent aller Deutschen, die mit Österreich, der Schweiz, Liechtenstein und vergleichbaren Staaten seit Jahrzehnten wirtschaftliche Beziehungen haben, haben sie nicht, um Steuern zu hinterziehen. (C)

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Aha!)

Vor diesem Hintergrund ist es unangemessen – es ist Ausdruck einer falschen Grundeinstellung zu diesem Thema –, diejenigen, die mit diesen Ländern seit Jahrzehnten Kontakte haben, steuerlich bestrafen zu wollen. Das ist der falsche Ansatz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Weil wir diesen Ansatz für falsch halten, kann man uns hier nicht als diejenigen hinstellen, die Steuerhinterziehung nicht bekämpfen wollen. Wir wollen sie bekämpfen. Wir haben klare Vorstellungen. Übrigens, wir haben in der Großen Koalition einen gemeinsamen Antrag verabschiedet, zu dem in der nächsten Woche, so glaube ich, eine Anhörung stattfindet. Dann erfahren wir die Auffassung der Fachleute.

In diesem Zusammenhang möchte ich einen weiteren Punkt nennen, der für mich als Banker bei den jetzigen Maßnahmen sehr wichtig ist: Viel Unheil ist von der **Verbriefung und Strukturierung** ausgegangen.

(Beifall des Abg. Ortwin Runde [SPD])

Ich sage das, ohne dieses Thema zu vertiefen. Ich gehöre zu denjenigen – ich bitte die Kanzlerin, diese Auffassung auf dem G-20-Gipfel intensiv zu vertreten –, die sagen: Wer in Zukunft Kredite verkauft, muss mit einem bestimmten Anteil in der Haftung bleiben. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Nur dann werden wir sicherstellen, dass die Verbriefung einer vernünftigen Begrenzung unterliegt.

Ich stelle abschließend fest: Die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben immer sehr schnell alle notwendigen Entscheidungen getroffen, um gegen die Finanzkrise gewappnet zu sein. Wir werden morgen das SoFFin-Gesetz weiterentwickeln, in dem wir notwendige Anpassungen vornehmen. Wir werden morgen etwas dafür tun – morgen steht die erste Lesung des Gesetzentwurfs auf der Tagesordnung –, dass sich Managergehälter in Zukunft nicht mehr an kurzfristigen Parametern orientieren. Dies zeigt: Die Große Koalition war handlungsfähig, und sie wird auch bis zur Bundestagswahl handlungsfähig bleiben.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort erhält nun die Kollegin Renate Künast, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(A) **Renate Künast** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich wollte ich diesen Redebeitrag mit ein paar Worten zu Frau Merkel beginnen. Frau Merkel, Sie rutschen bei mir jetzt ausnahmsweise in die zweite Reihe. Ich finde nämlich, dass Guido Westerwelle heute wirklich den Vogel abgeschossen hat.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Was heißt hier „heute“?)

– Na ja, ich wäre nicht so fröhlich. – Herr Westerwelle, heute haben Sie wieder einmal für soziale Kälte gesorgt: Bei Ihren Ausführungen zum Thema Steueroasen bzw. den Oasen allgemein haben Sie gesagt, es gehe um die Wüste drum herum. Ich sage Ihnen einmal ganz klar: In den Oasen saufen die großen Kamele, und Sie haben sich heute wieder einmal als Schutzheiliger der großen Kamele, die den anderen das Wasser wegsaufen, betätigt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN – Jörg van Essen [FDP]: Diese ständig schlechtgelaunte Frau!)

– Herr van Essen, seien Sie nicht so verklemmt, auch nicht in Ihren Bemerkungen.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei Abgeordneten der FDP)

## (B) – So habe ich es gar nicht gemeint, auch wenn ihr jetzt lacht.

Herr Westerwelle, Sie äußern jetzt Mitleid mit der **Energielandschaft** in Deutschland. Sie klagen über die vielen bürokratischen und Investitionshemmnisse. Die Sorge vor Korruption spielt bei Ihnen gar keine Rolle. Wie erklären Sie sich bei all der Sorge über zu viel Bürokratie, die Sie hier zum Besten gegeben haben, dass Eon im letzten Jahr 10 Milliarden Euro Reingewinn erzielt hat? Das ist doppelt so viel wie im Vorjahr. Wer in der Lage ist, seinen Reingewinn von einem Jahr zum anderen auf 10 Milliarden Euro zu verdoppeln, der ist nicht bürokratisch gehemmt. Man sollte ihn vielmehr fragen, was er für die Allgemeinheit zu tun bereit ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Investieren!)

Nun zum **G-20-Gipfel** und den Vorbereitungen darauf. Ich muss sagen: Frau Merkel hat heute wieder wunderbare Geschichten darüber erzählt, was sie alles tun würde, was alles in Vorbereitung sei. Aber am Ende ist es doch wieder eine schöne Inszenierung, der eigentlich nichts folgt.

Wo ist eigentlich der Text nach all den wunderschönen Überschriften? Es ist immer das Gleiche: Uns wird erzählt, man müsse jetzt erst einmal in die Bankenkrise investieren, sozusagen systemisch relevante Banken absichern, aber dann müsse man wieder zur sozialen Marktwirtschaft zurück. Alle Welt redet vom **Green**

**New Deal**, nur Frau Merkel und die CDU/CSU – von Ihnen da mal ganz zu schweigen – haben mal wieder nicht gemerkt, wo die Probleme der Welt liegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt viele **Ankündigungen**, etwa die, man wolle die IWF-Mittel verdoppeln. Wo eigentlich ist die Entscheidung dazu? Eine Ankündigung lautet, die Europäische Union wolle mit einer Stimme sprechen. Ich sehe aber nur, dass Deutschland in der Europäischen Union ständig und immer wieder der Bremser ist, zuletzt beim Konjunkturpaket der EU: Es wird gebremst bis zur letzten Sekunde, und am Ende, nach Sonderregeln für die Telekom und noch einem Extra für die deutschen Milchbauern, weil Sie ihre alten Versprechungen nicht gehalten haben, wird Ja gesagt. So, meine Damen und Herren, sieht keine treibende gute Rolle Deutschlands in der Europäischen Union aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alles Überschriften, kein Text! Ein bisschen Registrierung von Hedgefonds. Schauen wir uns einmal die Schrottpapiere an! Dazu gibt es nur sehr allgemeine Leitlinien, mit denen nicht viel umgesetzt wird.

Man kann eines sagen, auch wenn Sie versuchen, sich hier so groß darzustellen: Deutschland blockiert in der Europäischen Union auch und gerade Regeln für die Finanzmärkte. Das ist die Wahrheit.

(Joachim Poß [SPD]: Es blockiert doch keiner!)

Wo ist die europäische Ratingagentur, die wirklich reguliert und beaufsichtigt – das wäre Verbraucherschutz! –, über die Sie immer reden, für die Sie bisher aber weder international noch national irgendetwas angeboten haben? Wo ist die EU-Finanztransaktionssteuer, die Spekulationen abbaut und Märkte wirklich stabilisiert? Herr Steinbrück möchte sie gern ins Wahlprogramm schreiben. Warum handeln wir gerade an der Stelle eigentlich nicht jetzt, statt bis zum nächsten Jahr zu warten?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alle reden über die Schließung von Steueroasen – außer Guido Westerwelle. Es gibt überall Bewegung, aber die Regierung ist unfähig, auch nur ein Gesetz gegen **Steuerhinterziehung** in Deutschland zu beschließen. Wieder diese Uneinigkeit Guttenberg und Steinbrück! Auch an der Stelle muss man sagen, dass die CDU/CSU im Ergebnis blockiert, um Steuerhinterzieher zu schützen. Das ist die ganze Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wo sind eigentlich – um noch einen Punkt zu nennen – Ihre Aktivitäten gegenüber deutschen Banken, die Dependancen auf den Cayman Islands, in Singapur, in Luxemburg haben? Allen voran ist hier die Commerzbank zu nennen, der wir gerade die Steuergelder hinterherwerfen. Wenn Sie so handlungsfähig sind, wie Sie sich darstellen, dann sagen Sie hier und jetzt, was Sie an dieser Stelle eigentlich Positives erreicht haben!

Renate Künast

(A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mein Vorredner hat gesagt, man werde wunderbare Regeln hinsichtlich der Gehälter von Managern schaffen. Sie bieten uns hier an, dass die Haltefrist für Aktienpakete von zwei auf vier Jahre erhöht werden soll. Das sind Peanuts! Heute sind die meisten Unternehmen aufgrund freiwilliger Vereinbarungen schon bei einer Frist von drei Jahren. Sie bieten also faktisch eine Erhöhung von drei auf vier Jahre an. Zehn Jahre, das wäre der Einstieg in langfristiges Denken. Dazu haben Sie nicht den Mut.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wenig mutig Sie an der Stelle sind, sieht man auch an all den **Rettungspaketen**, die wir hier verabschieden müssen. Das erste Rettungspaket ist gescheitert.

(Joachim Poß [SPD]: Von der Sache hat sie keine Ahnung!)

Morgen findet die Abstimmung über das zweite Rettungspaket statt. Das ist eine Lex Hypo Real Estate. Im Ausschuss war auf Einladung der FDP auch Herr Flowers von Hypo Real Estate. Da konnte man sehen, was deren Vorstellungen von marktwirtschaftlicher Ordnung sind. Die denken immer noch: Der Profit gehört uns, ansonsten werden Steuergelder eingesetzt und die Steuerzahler faktisch enteignet. – Das ist Ihre Art von Finanzpolitik.

(B) Ich sage Ihnen: Die Zeit der Spielereien muss zu Ende sein, auch für den smarten Herrn Guttenberg, der am Times Square herumturnt und von dem wir alle nun wissen, dass er gut Englisch kann. Wir brauchen jetzt wirklich eine Verstaatlichung der HRE und nicht irgendein Herumerzählen oder noch eine Umdrehung nach dem Motto, man könnte vielleicht irgendwann einmal das Insolvenzrecht verändern. Jetzt, meine Damen und Herren, brauchen wir Aktionen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Eine Sekunde lang hat mich nachdenklich gemacht,

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Eine Sekunde lang?)

was Frau Merkel zu dem Beitrag gesagt hat, den sie zusammen mit Herrn Balkenende für die *FAZ* verfasst hat. Auch sonst hört man von Frau Merkel ja immer wieder den Satz, man müsste jetzt Regeln für eine **neue Art des Wirtschaftens** aufstellen. Im gemeinsam mit Herrn Balkenende verfassten Text heißt es – heute wurde es ähnlich formuliert –, dass die internationale wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit der Globalisierung der Wirtschaft nicht Schritt gehalten hat. Das hat sie ja heute auch wieder gesagt.

Meine Damen und Herren, ich finde es schon putzig, wie geschichtsvergessen Frau Merkel ist. Es ist ja nicht wahr, dass die internationale Wirtschaftspolitik nicht Schritt gehalten habe, sondern die Wahrheit ist, dass gerade die Unionsparteien und ihre Fraktion hier im Bundestag sich jahrelang dagegen gewehrt haben, dass der Freiheit der Wirtschaft ein Rahmen mit ökologischen

und sozialen Aspekten für den globalen Handel entgegengesetzt wird, damit nicht auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger gewirtschaftet wird. (C)

Wenn ich mir jetzt anschau, was Frau Merkel anbietet, dann finde ich nur den Verweis auf eine **Charta für nachhaltiges Wirtschaften** bzw. die Forderung – das hat sie an anderer Stelle gesagt – nach Einsetzung eines Weltwirtschaftsrates. Einige aus meiner Fraktion haben sich nun die Mühe gemacht, über Kleine Anfragen herauszubekommen, was eigentlich dahintersteckt. Wissen Sie, was wir festgestellt haben? Keiner weiß, worum es dabei gehen soll. Die verschiedenen Ressorts antworten entweder, sie wüssten es nicht, oder, sie verträten diese Position nicht. Wenn ich mich nun entgegenkommenderweise darum bemühe, herauszubekommen, was hinter diesem Angebot steckt, dann komme ich zu dem Schluss, dass Ihr Weltwirtschaftsrat bzw. Ihre Charta für nachhaltiges Wirtschaften, Frau Merkel, eher vom Alten ist. Sie beweisen an der Stelle, dass Sie nichts ändern wollen, sondern nur jetzt über die Konjunkturpakete Geld investieren, um später wieder zu den alten Regeln der Marktwirtschaft zurückkehren zu können. Das ist unverantwortliche Politik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Statt solche Wolkenkuckucksheime zu errichten, wäre es doch hilfreicher, international für die Einführung einer Rechnungslegung über ökologische und soziale Indikatoren zu sorgen; das wäre ja ganz simpel zu machen. Dann hätte man Kriterien, anhand derer man Politik ausrichten könnte. (D)

Die Absichten von Frau Merkel werden in Gänze sichtbar, wenn man die von ihr verfassten Texte zu Ende liest. In dem gemeinsam mit Herrn Balkenende verfassten Text wird zum Beispiel am Ende deutlich, was sie wirklich will, nämlich kein nachhaltiges Wirtschaften, sondern – dieser Satz steht auch hier wieder als Erstes im Zusammenhang mit der internationalen Wirtschaft – **Freiheit der Wirtschaft**. Ich sage Ihnen: Wir haben genug von Freiheit der Wirtschaft. Das wurde nämlich immer als Freiheit von Verantwortung für das Gemeinwesen ausgelegt. Wir brauchen jetzt ein Bekenntnis dazu, dass jeder, der wirtschaftet, auch Verantwortung für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Das steht schon immer im Grundgesetz, Frau Künast!)

Frau Merkel hat auch gesagt, wir bräuchten jetzt dringend eine weitere **Liberalisierung des Handels**, sprich Fortschritte bei den Doha-Verhandlungen und einen entsprechenden Abschluss bei der nächsten Welthandelsrunde. Meine Damen und Herren, genau das brauchen wir jetzt definitiv nicht. In der Vergangenheit wurde der Handel schon zu stark liberalisiert. Die WTO erlaubt der Wirtschaft, Raubbau auf Kosten der Menschen und der Umwelt zu betreiben. Wenn Frau Merkel nun fordert, in diesem Jahr zu einem entsprechenden Abschluss bei der WTO zu kommen, entlarvt sie ihre Absicht, dass es ihr doch eher um mehr Liberalisierung für einige wenige

**Renate Künast**

- (A) geht als um den Schutz des Klimas und der Finanzmärkte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Frau Merkel in der Stimmung und mit den Aussagen, die sie hier an den Tag gelegt hat, heute zum Europäischen Gipfel oder am 2. April nach London fährt, dann steht zu befürchten, dass Europa jetzt die Gelegenheit verpatzt, eine Führungsrolle zu übernehmen. Genau diese wollen wir aber. Wir wollen, dass eine neue Art zu wirtschaften die Oberhand gewinnt, die nicht mehr auf Kosten anderer geht. Europa hätte dabei die Aufgabe, Frau Merkel, dabei voranzugehen, sich nicht vor Kopenhagen zu drücken, sondern dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen, entsprechende Vorschläge zu entwickeln und zu sagen, was Europa selber will.

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Frau Kollegin.

**Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sofort. – Die anderen sind nicht unsere Verhandlungspartner bzw. unsere Gegenspieler, mit denen wir zocken müssen, sondern die Europäische Union hat die Aufgabe, zu zeigen, wie national und international auf den Feldern der Finanzen und des Klimas etwas erreicht werden kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

- (B) Gunther Krichbaum ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Joachim Poß [SPD]: Die SPD-Fraktion ist eigentlich an der Reihe!)

– Entschuldigung, das stimmt. Frau Kollegin Schwall-Düren, Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt doch noch ein paar Differenzen zwischen unserem Koalitionspartner und uns. Deswegen ist es schon richtig, dass ich – und nicht Herr Krichbaum – für die SPD spreche.

Der Frühjahrsgipfel ist traditionell der Gipfel, auf dem die Finanz- und Wirtschaftspolitik auf der Tagesordnung steht, insbesondere die Lissabon-Strategie. Noch nie hatten wir einen Frühjahrsgipfel, auf dem wir mit einer derartigen Krise konfrontiert waren wie in diesem Jahr.

Was brauchen wir in dieser Krise? Wir brauchen zunächst einmal entschlossenes Handeln der Politik. Denn eines ist inzwischen klar geworden: Die Rolle des **starken und handlungsfähigen Staates** ist wieder in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Nicht der Nachwächterstaat und auch nicht der Staat des Laissez-faire werden gebraucht, sondern der Staat, der als Regulator, Stimulator und Garant für öffentliche Güter da einschreitet, wo die Marktkräfte versagt haben. Das hören wir

interessanterweise auch von den Marktradikalen und Apologeten der Deregulierung. (C)

Ich bin ganz froh, dass wir es in der Koalition geschafft haben, das auf Initiative von Frank-Walter Steinmeier vorgelegte Konjunkturpaket umzusetzen, um Investitionen in Bildung, Innovation und Nachhaltigkeit zu tätigen und, Herr Westerwelle, um die Kaufkraft der Geringverdiener, der Rentner und der Familien zu stärken, statt Steuern für diejenigen zu senken, die hohe und höchste Einkommen beziehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir investieren in den Arbeitsmarkt, um damit in Übereinstimmung mit der **Lissabon-Strategie** nachhaltig etwas für die Zukunft zu tun, damit Fachkräfte die Innovationen und die neuen Ideen umsetzen können, die wir brauchen.

Diese Krise ist nicht national entstanden. Deswegen kann sie auch nicht national bewältigt werden. Für internationales Krisenmanagement und Krisenverhinderung ist zunächst einmal eine Übereinstimmung in der Europäischen Union nötig. Wir brauchen gemeinsame Maßnahmen und eine Abstimmung auf europäischer Ebene. Angesichts dieser wirtschaftlich schwierigen Zeiten erwarten die Bürger mehr denn je, dass die Europäische Union hier tätig wird und dass Anstrengungen unternommen werden, damit es nicht zu Massenarbeitslosigkeit und nicht zu einer sozialen und politischen Krise kommt. Nur dann können wir das Vertrauen stärken. Deswegen brauchen wir neben Sozial- und Globalisierungsfonds insbesondere Maßnahmen zum Erhalt der Arbeitsplätze. Wir brauchen eine besser abgestimmte und besser koordinierte Wirtschafts- und Finanzpolitik in der EU. Dann haben wir Chancen für die Zukunft. (D)

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen zweitens **europäische Solidarität**; sie ist nötiger denn je. Wir reden oft davon, dass die EU eine Wertegemeinschaft ist. Dazu gehört vorrangig Solidarität.

Was heißt das in dieser Krise? Solidarität heißt in der Tat: kein Protektionismus, keine nationalen Egoismen. Ich möchte ganz deutlich sagen: Wenn wir erwarten, dass sich die Bürger und Bürgerinnen am 7. Juni an der Europawahl beteiligen, dann können wir nicht sagen: Wir müssen erst einmal das eigene Hemd retten; die anderen sind uns egal. – Das ist nicht nur ein Verstoß gegen die europäischen Werte, sondern auch ökonomisch und volkswirtschaftlich unvernünftig. Denn wenn wir nicht gemeinsam dazu beitragen, dass unsere Volkswirtschaften diese Krise überstehen, dann sind wir jeweils mitbetroffen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben das am Beispiel der Abwrackprämie diskutiert. Wir können das auch durchdeklinieren angesichts der Frage, was mit Opel geschieht. Auch hier muss es eine europäische Lösung geben.

Solidarität heißt außerdem, dass wir in der EU keine sich widersprechenden Maßnahmen beschließen kön-

Dr. Angelica Schwall-Düren

- (A) nen. Es darf, wie die Frau Bundeskanzlerin gesagt hat, nicht zu einem Unterbietungs- oder Überbietungswettbewerb in Bezug auf Subventionen, aber auch in Bezug auf Lohn-, Sozial- und Steuerstandards kommen.

Solidarität heißt auch: Unterstützung der Nicht-Euro-Mitgliedstaaten in der EU. Wir haben Lettland und Ungarn bereits geholfen und müssen vielleicht noch anderen helfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich an dieser Stelle auf Folgendes hinweisen: Am 15. März dieses Jahres hat sich zum 20. Mal der Tag geöhrt, an dem die Opposition anlässlich des ungarischen Nationalfeiertages den Siegeszug in Ungarn begonnen hat. Wenige Wochen zuvor fand die erste Sitzung des runden Tisches in Polen statt. Dem Mut unserer europäischen Freunde haben wir **unsere Freiheit und Einheit** zu verdanken. Ich glaube, es ist nicht mehr als recht und billig, dass sich in dieser Krise ein Teil unserer Dankbarkeit in europäischer Solidarität zeigt.

(Beifall bei der SPD)

Da auf diesem Frühjahrsgipfel weitere Themen auf der Tagesordnung stehen, will ich unter dem Stichwort der Solidarität die europäische Nachbarschaftspolitik und insbesondere die **Östliche Partnerschaft** ansprechen. Denn es ist dringend notwendig, dass wir die Transformationsprozesse bei unseren Nachbarn in Richtung Demokratie, wirtschaftlichen Erfolg und Rechtsstaatlichkeit erst recht in der Krise unterstützen.

- (B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube zutiefst, dass Investitionen in die Energieinfrastruktur, die im Rahmen des europäischen Konjunkturprogramms angedacht sind – auch wenn noch keine Einigkeit im Detail besteht –, im Zusammenhang mit dem Klimaschutz unerlässliche Maßnahmen sind und dass wir im europäischen Verbund die Effizienzsteigerung, den Einsatz erneuerbarer Energien und den Netzausbau solidarisch voranbringen müssen.

Nicht zuletzt bedeutet Solidarität aber auch, dass wir im Rahmen der G 20 die Entwicklungsländer nicht vergessen dürfen, die in dieser Krise am meisten leiden.

Wir müssen drittens gemeinsam dafür sorgen, dass in Zukunft eine derartige Krise von vornherein verhindert wird. Das heißt, der G-20-Gipfel muss die **weltweite Regulierung** politisch voranbringen. Das wird uns nur dann gelingen, wenn wir Europäer gemeinsam auftreten. Wenn die Forderung von Frau Merkel und Herrn Sarkozy, die sie auf dem Ministerrat in Frankreich erhoben haben, nämlich dass konkrete Ergebnisse erfolgen sollen, wirklich Realität werden soll, dann müssen sich die Europäer auf diesem Frühjahrsgipfel einigen, damit sie überzeugend wirken und die USA sowie andere Staaten auf dem Weg zu einer entsprechenden Finanzmarktregulierung mitnehmen können.

(Beifall bei der SPD)

(C) Liebe Kolleginnen und Kollegen, diesbezüglich hege ich aber doch den einen oder anderen Zweifel. Es reicht nämlich nicht, davon zu sprechen, dass wir bei den Ratingagenturen einen Verhaltenskodex brauchen. Wir brauchen eine europäische gesetzliche Regelung. Es reicht ebenfalls nicht – das ist mehrfach angesprochen worden –, dass wir uns bei den Steueroasen nach dem Motto „blaming and shaming“ verhalten, sondern auch hier brauchen wir Regelungen. In diesem Zusammenhang appelliere ich, auch was die Managergehälter anbelangt, an unseren Koalitionspartner. Vergleichbares könnte man zu dem Thema „Selbstbehalt bei Verbriefungen“ sagen, wo die Sozialdemokraten 20 Prozent fordern, die Konservativen und die Liberalen aber allenfalls 5 Prozent zugestehen wollen.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Wann soll die EU einig sein, die Herausforderungen anpacken und die Probleme lösen, wenn nicht jetzt? Die EU ist weiterhin wirtschaftlich stark. Jetzt braucht es den politischen Willen. Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück haben mit ihren Finanzmarktgrundsätzen gute Voraussetzungen geschaffen. Frau Merkel, liebe Bundeskanzlerin – ich weiß nicht, wo Sie gerade sind –,

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das wissen wir oft auch nicht!)

(D) nutzen Sie dieses Potenzial! Motivieren Sie Ihre europäischen Kollegen und Kolleginnen, einen gemeinsamen Standpunkt zu finden und weitreichende Vorschläge zu entwickeln, die auch die USA und andere Staaten überzeugen, damit wir gemeinsam zukünftigen Krisen vorbeugen können. Ich wünsche der Kanzlerin und der Bundesregierung bei diesem Vorhaben viel Erfolg.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Nun hat der Kollege Gunther Krichbaum das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Gunther Krichbaum (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Finanzmarktkrise hat die Welt verändert, und sie wird sie weiter verändern. Doch wir haben jetzt die Möglichkeit, diese Veränderung mitzugestalten. Der bevorstehende Europäische Rat bietet hierfür eine große Chance. Diese kann aber nur dann genutzt werden, wenn Europa mit einer Stimme spricht; denn nur dann wird es gelingen, unsere Überlegungen und Vorstellungen auf dem bevorstehenden G-20-Gipfel Anfang April weltweit zum Standard zu machen.

Ich denke, es war ein ermutigendes Signal, dass von Deutschland und Frankreich eine gemeinsame Initiative ausging. Das ist unter anderem auch ein wichtiger Impuls für das deutsch-französische Verhältnis. Solche Impulse haben gerade in der letzten Zeit gefehlt. Deswegen ist die Bedeutung dieser Initiative für die Wiederbele-

**Gunther Krichbaum**

- (A) bung des deutsch-französischen Verhältnisses nicht zu unterschätzen. Wenn wir es jetzt noch schaffen, unsere britischen Freunde und Partner mit ins Boot zu nehmen, dann wird es uns gelingen – davon bin ich überzeugt –, die Leitplanken einzuziehen, die wir auf den **Finanzmärkten** brauchen. Eines ist wichtig: Wir müssen jetzt Standards setzen. Wir müssen jetzt ein Immunsystem schaffen, damit sich eine derartige Krise nicht wiederholen kann.

Weil mein Kollege Bernhardt auf die Aufsichtssysteme, die hierfür notwendig sind, hinlänglich eingegangen ist, möchte ich einige andere Aspekte ansprechen. Wenn es darum geht, Krisen vorzubeugen, brauchen wir zweierlei: zum einen eine Stärkung des IWF, des Internationalen Währungsfonds, und zum anderen eine Stärkung der Europäischen Zentralbank. Hier sind die Potenziale bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Angesichts der Tatsache, dass Produkte die Grenzen überschreiten, muss auch die Aufsicht Grenzen überschreiten.

Beim Konjunkturpaket hätten wir uns sicherlich einiges mehr vorstellen können. Richtig ist, dass die Verantwortung bei den Mitgliedstaaten liegt. Bei einem Konjunkturpaket in einer Größenordnung von 5 Milliarden Euro, wie es die Europäische Union schnürt, können die Wirkungen nur begrenzt sein. Da die Bundesrepublik Deutschland davon immerhin circa 1 Milliarde Euro tragen wird, sollten wir darauf hinwirken, dass diese konjunkturellen Maßnahmen schnell wirksam werden, vor allem aber auch dem Mittelstand zugutekommen. Denn gerade der Mittelstand ist bei alledem besonders gebeutelt und bedarf unserer Unterstützung.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ein Wort zu Ihnen, Herr Westerwelle: Wer jetzt hier mit **Mehrwertsteuersenkungen** und ermäßigten Mehrwertsteuersätzen operieren möchte, streut den Bürgern Sand in die Augen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Joachim Poß [SPD]: Sagen Sie das mal der CSU! – Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Was sagt denn Seehofer dazu?)

Ganz nebenbei: So viel Sand, wie Sie den Bürgern in die Augen streuen, gibt keine Wüste dieser Welt her.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Meinen Sie die CSU? – Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Kennen Sie Bayern? – Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Das liegt in der Nähe von der Schweiz!)

Auch Sie müssen einmal zur Kenntnis nehmen, dass niedrige und ermäßigte Mehrwertsteuersätze nur sehr begrenzt an die Verbraucher weitergegeben werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Herr Kollege Krichbaum, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Westerwelle?

**Gunther Krichbaum (CDU/CSU):** (C)

Die Frage des Herrn Kollegen Westerwelle wird wahrscheinlich durch meine Ausführungen beantwortet.

(Beifall des Abg. Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU] – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Heißt das jetzt Ja oder Nein? Kann ich jetzt fragen oder nicht?)

**Gunther Krichbaum (CDU/CSU):**

Nehmen Sie als Beispiel Großbritannien. Dort wurde genau das gemacht. Das hatte aber die Folge, dass die Verbraucher davon nicht profitiert haben, weil Preissenkungen nicht an die Verbraucher weitergegeben wurden

(Joachim Poß [SPD]: Sagen Sie das einmal der CSU!)

und die Profite woanders geblieben sind. Deswegen ist es richtig, dass die Bundesregierung dies nicht machen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich möchte noch auf weitere Aspekte zu sprechen kommen, die beim Europäischen Rat nicht unter den Tisch fallen sollten. Das sind die **Lissabon-Strategie** und die **Östliche Partnerschaft**. Bei der Lissabon-Strategie befinden wir uns im sogenannten zweiten Dreijahreszyklus zwischen 2008 und 2010. Ich denke, es hat schon heute Sinn, über die Zukunft der Lissabon-Strategie nach 2010 nachzudenken. Deswegen muss an dem Kernanliegen, für mehr Wachstum und Beschäftigung zu sorgen, festgehalten werden. Die Strategie sollte aber insoweit neu ausgerichtet werden, als dass in Zukunft stärker auf stabiles, nachhaltiges Wachstum Wert gelegt wird. Genau diese qualitative Komponente beim Wachstum muss in Zukunft stärker betont werden.

Die **Östliche Partnerschaft** wurde bereits von Kollegin Schwall-Düren angesprochen. Ich denke, es hat Sinn, dass wir diese **Östliche Partnerschaft** auch von deutscher Seite forcieren und unterstützen. Ich möchte an dieser Stelle allerdings auch darauf hinweisen, dass es noch offene, klärungsbedürftige Punkte gibt. Zum einen betrifft dies die Finanzierung. Zum anderen ist es wichtig, dass wir kein Konkurrenzverhältnis zur Schwarzmeersynergie aufbauen und die Prozesse und Mechanismen, die wir bereits haben, aufeinander abstimmen. Wir alle wollen, so denke ich, keine Duplizierung der Strukturen; dies wäre teuer und ineffektiv.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ein weiterer Punkt ist **die europäische Integration**. Wir können diese aktuelle Krise nur bewältigen, weil wir diesen Stand der europäischen Integration haben. Deswegen muss die europäische Integration weitergehen. Das betrifft auch die Staaten, mit denen wir Beitrittsverhandlungen führen. Aber man muss auch nüchtern konstatieren, dass es bei einzelnen Beitrittsländern nur sehr schleppend vorangeht. Wir unterstützen Kroatien. Mazedonien aber hat noch sehr viele Aufgaben vor sich.

(D)

**Gunther Krichbaum**

- (A) Im Hinblick auf die Türkei muss ein klärendes Wort erlaubt sein – ich sage dies ohne Schaum vor dem Mund –: Die jüngsten Bestrebungen der türkischen Regierung hinsichtlich der Begrenzung der Pressefreiheit sind nicht akzeptabel.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Denn die Repressalien, mit denen vor allem die Dogan-Gruppe konfrontiert wird, zielen darauf ab, dass ein Unternehmen vom Markt verschwinden soll. Man muss auf Folgendes hinweisen: Ohne Pressefreiheit keine Meinungsfreiheit, ohne Meinungsfreiheit keine Demokratie; aber ohne Demokratie ist ein Beitritt in die Europäische Union völlig undenkbar. Wir müssen die Vertreter der türkischen Regierung an ihre Verantwortung erinnern. Die Reformen müssen zunächst einmal den Bürgerinnen und Bürgern im eigenen Land dienen. Sie dürfen nicht nur durchgeführt werden, um der Europäischen Union zu gefallen. Hier muss nachgebessert werden. Die Türkei muss gewissermaßen auf den Pfad der Tugend zurückkehren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die europäische Integration ist eine Erfolgsgeschichte. Ohne sie gäbe es weder den Euro noch den Schengen-Raum. Auch 20 Jahre nach dem Mauerfall muss man darauf hinweisen, dass die eigentlichen Errungenschaften der europäischen Integration für die Bürger erst mit der Kreierung des Schengen-Raums greifbar wurden. Der Eiserner Vorhang war zwar gefallen, die eisernen Gardinen, wenn man so will, aber noch nicht. Wir müssen den Schengen-Raum sukzessive erweitern; denn hiervon profitieren die Bürgerinnen und Bürger am meisten. Dabei spielen auch Visaerleichterungen eine Rolle.

- (B) (Beifall des Abg. Kurt Bodewig [SPD])

Wir müssen den jungen Menschen, insbesondere in Osteuropa, die Möglichkeit geben, das – in Anführungszeichen – alte Westeuropa kennenzulernen. Nur wer diese Möglichkeit hat, kann auch die Werte der Europäischen Union teilen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Diese Aspekte dürfen nicht in Vergessenheit geraten.

Last, not least: Der Londoner Gipfel bietet die Chance, eine neue Finanzmarktarchitektur zu kreieren. Die anderen Themen, die von Bedeutung sind, dürfen dabei aber nicht in Vergessenheit geraten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Zu einer Kurzintervention erhält der Kollege Guido Westerwelle das Wort.

**Dr. Guido Westerwelle (FDP):**

(C)

Herr Kollege, da Sie meine Zwischenfrage nicht zugelassen haben, möchte ich Ihnen meine Fragen im Rahmen einer Kurzintervention stellen. Sie haben die FDP und meine Person dafür kritisiert, dass wir uns für **reduzierte Mehrwertsteuersätze** ausgesprochen haben.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, leider! Das war eine viel zu gute Vorlage!)

Sie haben gesagt, mit dieser Forderung würden wir den Bürgerinnen und Bürgern Sand in die Augen streuen.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Wüstensand!)

Tut das auch der Bundeswirtschaftsminister, der dasselbe sagt wie ich?

(Kurt Bodewig [SPD]: Der hätte Ihre Rede nicht gehalten! Da bin ich mir sicher!)

Tut das auch die CSU, ein immerhin nicht unmaßgeblicher Teil Ihrer Fraktionsgemeinschaft, die dasselbe sagt wie ich? Tut das auch der bayerische Ministerpräsident, der dasselbe sagt wie ich?

Außerdem hätte ich gerne von Ihnen gewusst:

(Ute Kumpf [SPD]: Meine Güte! Heute möchten Sie aber besonders viel wissen!)

Wie erklären Sie den Bürgerinnen und Bürgern, dass – mit einer einzigen Ausnahme, nämlich mit der Ausnahme Dänemarks – alle Nachbarländer Deutschlands einen niedrigeren Mehrwertsteuersatz für Hotels und Gastronomie haben? Von europäischer Ebene wurde das als Möglichkeit ausdrücklich bestätigt. In Österreich, der Schweiz, den Niederlanden, in Frankreich und in Luxemburg beträgt der Mehrwertsteuersatz für Hotels und Gastronomie 3 Prozent, in Belgien 6 Prozent, und auch in Tschechien und Polen ist er geringer als in Deutschland. Mit anderen Worten: Mit einer Ausnahme, nämlich mit der Ausnahme Dänemarks, ist Deutschland in der gesamten Europäischen Union das einzige Land, das bei Hotels und Gastronomie den vollen Mehrwertsteuersatz erhebt.

(D)

(Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: In den anderen Ländern sind die Preise aber teilweise deutlich höher als bei uns! Das interessiert Sie wohl nicht! Gehen Sie doch mal in Frankreich essen! Dann merken Sie, dass da alles viel teurer ist als hier!)

Finden nicht auch Sie, dass das eine enorme Wettbewerbsverzerrung zulasten unseres Mittelstandes ist?

Zum Schluss möchte ich auf das Thema Medikamente zu sprechen kommen. Medikamente sind etwas, was die Menschen wirklich brauchen. Der normale Bürger kann, wenn er krank ist, nicht auf Medikamente verzichten. Ist Ihnen bekannt, dass neben Deutschland nur vier Länder in ganz Europa, nämlich Bulgarien, Dänemark, Österreich und Schweden, den vollen Mehrwertsteuersatz auf Medikamente erheben?

**Dr. Guido Westerwelle**

- (A) (Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Warum haben Sie denn unserem Antrag nicht zugestimmt?)

Vor diesem Hintergrund würde ich gerne von Ihnen wissen: Ist es nicht so, dass Deutschland das Land ist, das seine Position überprüfen muss, wenn 22 von 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union einen anderen Weg gehen und das tun, was die FDP vorschlägt?

(Beifall bei der FDP – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Wir haben das doch beantragt! – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Genau! Wir waren das! Das stimmt! – Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Warum hat die FDP dagegengestimmt?)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Zur Erwidern Herr Kollege Krichbaum.

**Gunther Krichbaum (CDU/CSU):**

Werter Kollege Westerwelle, ich wehre mich gegen den grenzenlosen Populismus, den Sie in diesem Hohen Hause betreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Bei den Bürgerinnen und Bürgern im Land erwecken Sie den Eindruck, als würde eine Reduzierung der Mehrwertsteuersätze automatisch die Konjunktur beleben. Das ist ein Irrglaube. Andere Länder – siehe Großbritannien – haben bereits unter Beweis gestellt, dass reduzierte Mehrwertsteuersätze nicht in Form von niedrigeren Preisen an die Verbraucher weitergegeben werden. Das, was Sie hier machen, ist populistisch.

- (B)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Populistisch ist auch, dass Sie einzelne Steuersätze herauspicken, so zum Beispiel den reduzierten Mehrwertsteuersatz in manchen Bereichen in Dänemark. Es gehört dann aber zur Ehrlichkeit dazu, auch zu erwähnen, dass der normale Mehrwertsteuersatz in Dänemark weit über dem bundesdeutschen liegt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Deswegen funktioniert Ihre Rosinenpickerei nicht, Herr Westerwelle. Deutschland liegt, was die Steuerbelastung der Bürger angeht, im Mittelfeld der Europäischen Union. Man muss immer wieder darauf hinweisen, dass dem Staat die notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen, wenn man Schulen, Bildungsinfrastruktur und Straßenbau finanzieren möchte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ein weiterer Punkt betrifft die Gastronomie. Ich komme aus Baden-Württemberg – das kann man unschwer an meinem Zungenschlag heraushören –, einem Bundesland, in dem es auf Fläche und Dichte bezogen die meisten Zwei- und Drei-Sterne-Restaurants gibt. Kein Mensch fährt ins nur wenige Kilometer entfernte

Elsass, nur weil dort vielleicht die eine oder andere (C) Speise 1 Euro weniger kostet.

(Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Dort ist es teuer; das weiß ich! – Ute Kumpf [SPD]: Es ist dort teurer und schlechter!)

Ich kann nur empfehlen, die Gastronomie im Elsass, die exzellent ist, einmal kennenzulernen. Sie werden dort aber eher mehr Geld lassen als in den hervorragenden baden-württembergischen Restaurants. Das kann ich mit Sicherheit auch in Bezug auf viele andere Restaurants im restlichen Deutschland behaupten.

Ihr Populismus, mit dem Sie hier versuchen, den Menschen etwas vorzugaukeln, gehört gebrandmarkt. Es ist also dienlich, diese offenen Punkte einmal zu benennen, was Ihnen ganz offensichtlich nicht gefallen hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das gefällt mir sehr! Das gefällt mir so sehr, dass wir Ihre Antwort gleich versenden werden! Das gefällt mir außerordentlich!)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort erhält nun der Kollege Alexander Ulrich von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Alexander Ulrich (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Linke hat beantragt, dass der verringerte Mehrwertsteuersatz auch für Medikamente gelten soll. Herr Westerwelle, die FDP hat damals nicht zugestimmt – so viel zur Ehrlichkeit. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Die massive Umverteilung von Arm zu Reich, der massive Sozialabbau, der mit der Lissabon-Strategie verbunden ist, die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme und der öffentlichen Daseinsvorsorge waren wichtige Ursachen der jetzigen Wirtschaftskrise. Deutschland wurde durch seine wachstums- und europafeindliche Lohndrückerei Exportweltmeister.

Wenn man sich die heutige Regierungserklärung anhört, denkt man sich: Die Bundeskanzlerin sollte nicht die Letzte sein, die einsieht, dass Europa und Deutschland nicht Opfer, sondern Mitverursacher der jetzigen Krise sind. Die Schröder- und die Merkel-Regierungen haben diesen **gescheiterten Finanzmarktkapitalismus** massiv gefördert und mit verursacht.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Bundesregierung hat daher eine besondere internationale Verantwortung zur Belebung der Konjunktur. Die Bundesregierung tritt aber weiter auf die Bremse. Ich zitiere die Worte vom Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman aus dem *Stern* der letzten Woche:

Deutschland war bislang nur ein riesiger Stolperstein, ein gewaltiges Hindernis.

Alexander Ulrich

(A) Weiter wird er in dem Artikel zitiert:

Finanzminister Peer Steinbrück scheine mit koordinierten Konjunkturprogrammen „ein echtes Problem“ zu haben.

Außerdem sagte Krugman, manchmal glaube er – ich zitiere –,

in Deutschland begreift man das ungeheure Ausmaß der Krise immer noch nicht ganz.

Die Bundesregierung ist nicht in der Lage, die Krise in ihrer Dimension zu erkennen. Sie ist nicht in der Lage, die richtigen Antworten zu finden. Die Bundesregierung versagt auf Kosten von Wohlstand und Arbeitsplätzen in unserem Land. Wie wollen Sie die internationalen Ungleichgewichte mit dieser Politik verringern? Die Linke fordert, wie Jean-Claude Juncker, eine Euro-Anleihe, um die öffentliche Kreditbeschaffung in Europa zu verbilligen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein Staatsbankrott wird auf jeden Fall teurer. Doch die Bundesregierung zeigt wieder ihr antieuropäisches Gesicht und beharrt auf nationalen Anleihemärkten.

An dieser Politik ist aber eines ganz besonders schlimm: Viele Menschen verlieren ihren Arbeitsplatz. Die Opel-Beschäftigten erwarten zu Recht schnelle Hilfe der Bundesregierung. Was wird gemacht? Der Wirtschaftsminister reist zu PR-Zwecken in eigener Sache in die USA, erreicht gar nichts und will das auch noch als Erfolg verkaufen. Die Bundesregierung kennt scheinbar zwei Klassen von Menschen: Arbeitnehmer und Bankmanager. Deshalb braucht die Bundesregierung den außerparlamentarischen Druck. Die Linke unterstützt die Forderungen und den Protest am 28. März in Berlin und Frankfurt unter dem Motto: Wir zahlen nicht für eure Krise.

(B) Frau Bundeskanzlerin, reisen Sie nicht als Lobbyist der Finanzwirtschaft auf den Gipfel und zu G 20! Es reicht nicht aus, nur für mehr Transparenz zu sorgen. Das Kasino muss endgültig geschlossen werden. Es muss verboten werden, mit Währungen, Rohstoffen und Lebensmitteln zu zocken. Die Finanzmärkte müssen unter demokratische Kontrolle gebracht werden. Wir brauchen eine Transaktionssteuer. Hedgefonds müssen verboten und **Steuerparadiesen** geschlossen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich finde es sehr interessant – wir erleben ja zurzeit in Deutschland den Vorwahlkampf –: Trittin, Frau Künast, Müntefering, Steinbrück, Steinmeier, alle schwadronieren von der Ampel. Heute Morgen haben wir festgestellt, dass man Steuerparadiesen zusammen mit dem Oasen-Guido schließen will.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

Deshalb wird von Rot-Grün jetzt schon die nächste Wahlkampfplüge vorbereitet.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihr wollt ja nicht! Ihr seid doch Verantwortungsverweigerer!)

(C)

Wie wollen Sie ernsthaft Mindestlöhne einführen, wie wollen Sie Steueroasen schließen, wie wollen Sie den Finanzmarktkapitalismus regulieren, wenn Sie eine Koalition mit der FDP wollen?

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wollen doch nicht regieren!)

Das ist unglaublich, und das nimmt Ihnen niemand mehr ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Ihr Problem ist nicht Guido, sondern Ihre Inhaltsleere. Sie wollen nur regieren, unabhängig davon, welche Inhalte dabei herauskommen.

(Beifall bei der LINKEN – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben schon Schaum vor dem Mund!)

Ich komme zum Schluss. Wir brauchen eine Bundesregierung, die ihrer Verantwortung für die Menschen gerecht wird und nicht weiter kläglich versagt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Sie sind die obersten Verantwortungsverweigerer! – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Lieber Oasen-Guido als Wüsten-Peer!)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

(D)

Das Wort erhält die Kollegin Nina Hauer, SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Nina Hauer (SPD):**

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Westerwelle, wenn man der Meinung ist, dass die Leute lieber im Ausland essen gehen, weil dort die Mehrwertsteuer etwas geringer ist, dann ist es nur folgerichtig, Steueroasen zu verteidigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es geht nicht allein darum, dass wir eine bessere Kooperation der europäischen Staaten bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung erreichen. Vielmehr geht es darum, dass wir verhindern, dass es Staaten gibt, die auf Dauer einen Teil ihrer Wertschöpfung dadurch erzielen, dass sie Steuerflüchtlingen Zuflucht bieten. Es geht auch nicht allein darum, in der Finanzmarktkrise mit Konjunkturprogrammen an einzelnen Punkten zu helfen. Darüber sollten wir es aber nicht versäumen, unser System mit neuen Regeln neu aufzustellen.

Wer diese Krise bewältigen und für die Zukunft vorsorgen will, der muss jetzt dafür sorgen, dass wir Regeln bekommen, an die sich auf dem **Finanzmarkt** alle halten. Ich finde, bei dem Vortreffen ist schon einiges erreicht worden. Dass die Ratingagenturen beaufsichtigt und registriert werden, das ist ein großer Fortschritt.

Nina Hauer

- (A) Frau Künast, es geht nicht darum, ob sie europäisch oder amerikanisch sind, sondern es geht darum, wer kontrolliert, was sie eigentlich machen. Wer nimmt ihr Geschäftsmodell unter die Lupe? Wer bewertet, wie sie ihre Bewertungen aufstellen? Wenn wir schon vor ein paar Jahren Regelungen geschaffen hätten, die außerbilanzielle Zweckgesellschaften verhindern, dann wäre uns viel geholfen.

Immerhin – ich weiß nicht, wie der Finanzminister dies erreicht hat, vielleicht mit Diplomatie, offensichtlich aber auch mit Durchsetzungskraft – haben wir erreicht, dass die USA mit uns darüber reden wollen, wie wir die Hedgefonds beaufsichtigen und regulieren. Ich finde, das ist ein großer Fortschritt. Das wäre vor zwei Jahren noch nicht ohne Weiteres möglich gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Es geht aber – das hat mich etwas an der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin enttäuscht – nicht nur darum, zu sagen, dass wir neue Regeln wollen. Wir wollen auch ein Leitbild für den Finanzmarkt entwerfen. Dabei geht es darum, dass diejenigen, die ein hohes Risiko eingehen – das muss man auch weiterhin am Finanzmarkt dürfen –, dafür auch die **Verantwortung** tragen. Risiko und Verantwortung müssen sich also die Waage halten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das war bisher aber nicht der Fall. Wenn jemand Papiere kauft, die zu Paketen geschnürt worden sind, die Kredite enthalten, die nicht zurückgezahlt werden können oder bei denen das Risiko groß ist, dass sie aufgrund der Zinsbedingungen nicht zurückgezahlt werden können, dann muss derjenige einen Teil des Risikos tragen, wenn er diese Papiere weiterverkauft.

- (B)

Deshalb finde ich den Vorschlag unseres stellvertretenden Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier richtig, dass ein Teil des Risikos bei denjenigen bleiben soll, die die Pakete schnüren. Bei einem Selbstbehalt von 20 Prozent bei Verbriefungen beispielsweise, die wir am Finanzmarkt ja brauchen – wir wollen sie nicht abschaffen –, wird sich der eine oder andere schon überlegen, was darin enthalten ist, bevor er verkauft und bevor am Ende niemand mehr nachvollziehen kann, wohin eigentlich verkauft worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Genauso finde ich, dass es beim Risiko und bei der Verantwortung darum geht, wie viel **Eigenkapital** ein Unternehmen bereithält. Wir wollen mit unseren Eigenkapitalstandards nicht prozyklisch dann reagieren, wenn wir sehen, dass in Europa die Bereitschaft sinkt, Kredite für die Wirtschaft zu vergeben. Für die Zukunft wollen wir, dass diejenigen, in deren Bilanzen große Risiken stehen, diese auch mit dem entsprechenden Eigenkapital unterfüttern müssen. Hier müssen dann eben alle mitmachen. Ausgerechnet die USA setzen Basel II nicht um. Ausgerechnet jetzt, da wir es am dringendsten gebrauchen könnten, haben sie gesagt: Wir machen das an dieser Stelle nicht mit.

Wir wollen mit diesen Anforderungen an Eigenkapital erreichen, dass Stresstests durchgeführt werden kön-

nen und überprüft werden kann, ob die nötige Liquidität (C) vorhanden ist, um ein Risiko im Geschäft auszugleichen. Dazu gehört auch, dass wir dafür sorgen, dass diejenigen, die Geschäfte tätigen, nicht nur dann immer hoch belohnt werden, wenn das Risiko und die Verantwortung möglichst weit auseinanderklaffen. Ich finde schon, dass jemand, der ein Risiko eingeht, belohnt werden sollte, aber das muss an Regeln gebunden sein, und es muss klar sein: Wenn ich nachhaltig wirtschafte – das ist auch am Finanzmarkt notwendig –, dann ist meine **Vergütung** am Ende höher, als wenn ich ein Risiko eingehe, für das hinterher die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen aufkommen müssen. – Diese Regeln wollen wir am Finanzmarkt verankern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich finde, dass wir hier schon große Schritte weitergekommen sind. Dass wir überhaupt international darüber reden, dass wir alle Produkte, Akteure und Finanzmärkte beaufsichtigen müssen, und dass dort Vorschläge gemacht werden, ist schon ein erheblicher Fortschritt. Bis vor Kurzem gab es noch viele Staaten – übrigens auch viele Politiker und Politikerinnen hier in Deutschland –, die gesagt haben: Der Finanzmarkt braucht gar keine Regeln. Er hat ganz eindeutig das Interesse, die Rendite zu maximieren. Wenn das nach diesem Prinzip geht, dann läuft das schon.

Das ist falsch und auch nicht die Aufgabe des Finanzmarktes. Seine Aufgabe ist es, Kapital für Ideen von Unternehmen hier und anderswo in der Welt zur Verfügung zu stellen und es zu ermöglichen, dass wir Verbraucherinnen und Verbraucher unser Geld für das Alter, zur (D) Vorsorge und für alles andere dort anlegen können. Dabei müssen wir natürlich auch nachvollziehen können, was mit dem Geld passiert.

Das sind die Leitlinien, an denen wir uns orientieren sollten. Ich bin froh, dass wir als SPD schon sehr früh Vorschläge zu diesen Leitlinien eingebracht haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Gunther Krichbaum [CDU/CSU])

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Nun erhält der Kollege Thomas Silberhorn für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Wie wird das denn jetzt bei der Mehrwertsteuer?)

**Thomas Silberhorn (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind uns einig, dass aufgrund der globalen Dimension dieser Finanzmarktkrise auch globale Lösungsansätze erforderlich sind. Ich finde es gut, dass wir an uns den Anspruch stellen, dass der Globalisierung aus diesem Anlass ein politischer Ordnungsrahmen gegeben werden muss.

Die Europäische Union kann mit dem Gipfel, der jetzt bevorsteht, eine Pilotfunktion wahrnehmen, weil es da-

Thomas Silberhorn

- (A) rum geht, dass wir internationale Standards setzen, die auf der Grundlage demokratischer Vorbilder und auf der Grundlage der sozialen Marktwirtschaft zustande kommen. Wir sind uns über das Ob einig, aber wir müssen über den richtigen Weg streiten.

Als beispielsweise schnell der Vorschlag gemacht wurde, jetzt eine zentralisierte **europäische Aufsichtsbehörde für den Finanzmarkt** zu errichten, wurde ich doch sehr skeptisch. Kann es wirklich zielführend sein, eine europäische Behörde einzurichten, wenn es um eine Finanzkrise globalen Ausmaßes geht? Eine Insellösung der Europäischen Union wird dieser Herausforderung nicht gerecht und die strukturellen Schwächen auf dem Finanzsektor weltweit ganz sicher nicht beseitigen.

Ich halte ein solches Modell auch nicht unbedingt für praktikabel; denn Aufsicht findet immer lokal statt. Wenn man Regulierungsstandards setzt, über die wir uns gerne international verständigen können, dann muss die Beachtung dieser Regulierungsstandards vor Ort kontrolliert und durchgesetzt werden.

Es ist auch nicht unbedingt verantwortungsbewusst, wenn man europäische Behörden einrichten will, aber im Krisenfall die Folgen von den Mitgliedstaaten getragen werden müssen. Ich glaube, dass eine Lehre dieser Finanzkrise darin bestehen muss, Handeln und Haften zusammenzuführen. Insofern mahne ich, dies nicht durch neue Institutionen oder Organisationsfehler auseinanderfallen zu lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Ich halte es auch für riskant, eine Krise, die möglicherweise durch kollektives Versagen vieler Beteiligten entstehen konnte, dadurch lösen zu wollen, dass man jetzt die Entscheidungen, die bisher viele getroffen haben, in einer Behörde zentralisiert. Wenn dann eine Fehlentscheidung getroffen wird, ist die Wirkung umso schlimmer. Die spanische Finanzaufsicht beispielsweise hat den spanischen Banken untersagt, diese vergifteten Finanzprodukte aufzulegen. Wir müssen uns die Frage stellen, weshalb die kritische spanische Aufsicht, die sich letzten Endes als richtig erwiesen hat, nicht europaweit die nötige Aufmerksamkeit gefunden hat. Mein Vorschlag ist, die Aufsicht international zu koordinieren. Wir dürfen sie aber nicht zentralisieren, sondern müssen die nationalen Aufsichtsbehörden besser miteinander vernetzen.

Gestatten Sie mir eine letzte Bemerkung zu diesem Punkt. Wenn man sich in Brüsseler Fluren darüber streitet, wo der Sitz einer solchen europäischen Finanzaufsichtsbehörde sein könnte, dann ist das ein verdammt kleines Karo vor dem Hintergrund der globalen Krise. Ich rate uns dazu, von solchen Kuhhandeln Abstand zu nehmen und durch eine Vernetzung der bestehenden nationalen Einrichtungen eine globale Lösung in Angriff zu nehmen.

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen, der aus meiner Sicht in der gesamten Debatte über die Wirtschafts- und Finanzkrise zu kurz kommt, nämlich die persönliche Verantwortung der Akteure, die die Ursachen für diese Krise geschaffen und unternehmerische Fehlentscheidungen getroffen haben. Es kann doch nicht

angehen, dass wir eine Art Softkriminalität in Vorstandsetagen hinnehmen, die dadurch zustande kommt, dass man mit dem System von Bonuszahlungen Handeln im Eigeninteresse fördert und unternehmerische Entscheidungen letztlich nicht im Interesse des Unternehmens, der Kunden und schon gar nicht der Beschäftigten getroffen werden. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn wir solche Fehlentscheidungen dadurch korrigieren, dass wir Steuergelder der kleinen Leute einsetzen, dann liegt es nahe, dass das Vertrauen in das Funktionieren der sozialen Marktwirtschaft untergraben wird. Deswegen rate ich dazu, dass wir dort, wo die Gelegenheit besteht, die Akteure in **Haftung** nehmen.

Vorstände von Aktiengesellschaften sind schadenersatzpflichtig. Sie haften mit ihrem vollen Privatvermögen für ihr Tun.

(Joachim Poß [SPD]: Nach geltendem Recht!)

Es ist nicht hinnehmbar, dass unternehmerische Fehlentscheidungen mit Abfindungen, Bonuszahlungen und Auszahlungen der Rente in Millionenhöhe belohnt werden und dies zum Teil noch gerichtlich eingeklagt wird. Stattdessen sollten wir den Spieß umdrehen und die Handelnden in Haftung nehmen.

Wenn man das angehen will, braucht es einen Kläger. Wenn der Bund in die Verlegenheit kommen sollte, sich an Aktiengesellschaften wie der Hypo Real Estate zu beteiligen, dann ist die Gelegenheit, ernsthaft zu prüfen, inwieweit die Handelnden in Form von Schadenersatzleistungen herangezogen werden können, und damit dafür zu sorgen, dass Handeln und Haften wieder zusammengeführt werden. Ich bitte darum, dass die Bundesregierung in diesem Sinne tätig wird, bevor wir entsprechende Anträge vorlegen müssen. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Darin liegt für uns durchaus die Chance, insoweit auch in der Europäischen Union stilbildend und vertrauensbildend zu wirken und zu versuchen, das, was an Vertrauen zerstört worden ist, so weit wie möglich wiederherzustellen.

Erlauben Sie mir noch eine kritische Anmerkung zu den bevorstehenden Verhandlungen in der Europäischen Union. Ich glaube, wir haben alles getan, was in unseren Möglichkeiten steht. Wir sind bis an die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit gegangen. Deswegen muss jetzt wieder ein **Konsolidierungskurs** eingeschlagen werden. Ich rate dazu, diese Krise nicht dazu zu missbrauchen, neue Sünden zu begehen, von einem Sonderfonds für osteuropäische Staaten über Euroanleihen, die Ausweitung des Globalisierungsfonds bis hin zum Aufschüren der Finanziellen Vorausschau und allem, was das Sündenregister sonst noch umfasst. Im Zweifel sollte das Beichtstuhlverfahren, für das die europäischen Gipfeltreffen berühmt sind, wieder zur Anwendung kommen, aber es sollte keine Absolution erteilt werden, wenn man nicht von diesen Sünden lassen will.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A) **Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Nächster Redner ist der Kollege Kurt Bodewig für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Kurt Bodewig (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In einer Debatte soll man auch auf die Redebeiträge der anderen eingehen. Eine kurze Anmerkung zur Rede des Kollegen Silberhorn: Das **Haftungsrecht** besteht; wir müssen es nur anwenden. Das ist keine gesetzgeberische Frage, sondern eine Frage der Kultur in den Unternehmen. Auf diese können wir gemeinsam einwirken.

(Beifall bei der SPD)

Ich gehe gerne noch auf die populistische Kurzintervention ein. Ich möchte den Bundeswirtschaftsminister ausdrücklich in Schutz nehmen. Eine solche Rede, Herr Westerwelle, wie Sie sie gehalten haben, würde er niemals halten; das ist eine wichtige Grundvoraussetzung. Ihre sehr eigenartige, unverhohlene Sympathie für Steueroasen – diese sind nichts anderes als der Zufluchtsort für Steuerhinterzieher – teilt niemand in der Bundesregierung und der Koalition; das sollten wir ausdrücklich feststellen. Ich glaube, Sie haben sich Ihren neuen Spitznamen zu Recht erarbeitet.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Kann ich den noch einmal hören, bitte? Für die Öffentlichkeit!)

## (B) – Ihre Egopfleger dürfen Sie selbst betreiben.

(Beifall des Abg. Joachim Poß [SPD])

Ich fahre fort und gehe auf die Bemerkungen des Bundesfinanzministers ein. Ich glaube mich richtig zu erinnern, dass er die Schweiz mit keinem Wort erwähnt hat. Er hat von den Instrumentarien der OECD gesprochen. Die heftige Reaktion in der Schweiz dokumentiert – das ist sehr interessant –, dass man sich dort offenbar angesprochen fühlt. Auch das sollten wir wahrnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte eigentlich noch auf einen anderen Punkt eingehen, der heute und morgen eine besondere Rolle spielt, nämlich das Zusammenwirken der europäischen Staaten bei der **Energieversorgungssicherheit**; die Bundeskanzlerin hat das bereits angesprochen. Das wird ein Thema sein, in der Zeit bis zur Klimakonferenz in Kopenhagen.

Wir sollten uns die Barroso-Vorschläge sehr genau anschauen; denn das, was er im Moment macht, ist nichts anderes als eine Reise der Wahlgeschenke, die seiner Wiederwahl als Kommissionspräsident dient. Er macht Programmanschläge, die das Thema Konjunkturprogramm in keiner Weise berühren. Seine vorgeschlagenen Programme sind nicht geplant und stehen zurzeit nicht an. Sie werden daher auch keine konjunkturelle Wirkung haben. Das alles passt nicht an diese Stelle. Sicherlich handelt es sich um wichtige Projekte; aber sie gehören in das ganz normale Haushaltsverfahren der

EU. Es dürfen aber nicht infolge der Krise Geschenke verteilt werden, da sonst nur Mitnahmeeffekte erzielt würden. Da diese Projekte trotzdem wichtig sind, müssen wir neben der konjunkturellen Wirkung darüber nachdenken – dabei geht es nicht um neues Geld –, was wir nach der Überwindung der Krise in der Konsolidierungsphase tun werden. Dann können diese Projekte wieder eine Rolle spielen. Aber sie dürfen nicht verzerrend wirken. Nabucco ist genauso wichtig wie Nord Stream. Interkonnectoren sind in den Ostseeanrainerstaaten genauso wichtig wie in Südosteuropa. All das führt dazu, dass wir die künstliche Trennung etwa im Energieversorgungsbereich zwischen Ost und West in Europa aufheben können. Darüber sollten wir schon heute nachdenken; das ist mir sehr wichtig. Die Barroso-Vorschläge dürfen nicht zu einer Wettbewerbsverzerrung führen. Das Problem ist, dass dann bereits geplante Investitionen zurückgestellt würden, weil man sich Mitnahmeeffekte erhofft.

Wir sollten das fortsetzen, wofür Deutschland steht und was wir seit zehn Jahren sehr intensiv betreiben. Energieeffizienz stellt eine Haupteinsparquelle dar. Wir wollen die erneuerbaren Energien und Energieformen, die nicht belastend wirken. Deswegen ist **Offshore** ein ganz wichtiges Thema. Hierbei handelt es sich übrigens um eine der Technologien, die im Obama-Programm mit 3,2 Milliarden US-Dollar Forschungsmitteln begleitet wird. Wir haben hier Planungen und eine entsprechende Technologie. Wir sollten daher auch zur Anwendung kommen. Ich glaube, wir Europäer haben große Chancen, die Meinungsführerschaft auszuüben. Voraussetzung ist aber, dass wir Geschlossenheit zeigen. In diesem Sinne dienen die Barroso-Vorschläge eher der Ablenkung als der Konzentration und Fokussierung auf dieses Thema.

Ich möchte noch andere Bereiche ansprechen. Wir brauchen in der Konsolidierungsphase Investitionen, die sich rechnen und gleichzeitig den neuesten **Stand der Technologie** abbilden. Ein Beispiel ist die betriebsoptimierte Anlagentechnologie in der deutschen Braunkohleindustrie. Diese Technologie könnte in China den Wirkungsgrad bei der Steinkohleverwertung verfünffachen, vielleicht sogar versiebenfachen. Das wäre eine Investition für den Klimaschutz. Gleichzeitig hätte diese große Technologie eine Anreizfunktion und würde sich auf die deutsche Wirtschaft, an der mir sehr gelegen ist, positiv auswirken. Wir haben also etwas vorzuweisen; auch CCS und andere Verfahren sind in diesem Bereich außerordentlich zukunftssträftig.

Ich würde mich freuen, wenn der Europäische Rat die Gelegenheit nutzen würde, strategisch über die Initiierung von zukunftsfähigen Investitionen zu sprechen, anstatt länderausgewogen alle Teile Europas mit kleinen 100-Millionen-Euro-Projekten zu unterstützen. Die Bundeskanzlerin hat recht, wenn sie sagt: Diese Form der Unterstützung müssen wir auf den Prüfstand stellen. Gleichzeitig muss ein Appell des ganzen Hauses erfolgen, Europa so zu entwickeln, dass wir selber die Zukunft gestalten können.

Vielen Dank.

**Kurt Bodewig**

- (A) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Letzter Redner in dieser Debatte ist nun der Kollege Thomas Bareiß für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Thomas Bareiß (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am Schluss dieser Debatte zeigt sich, dass keiner von uns wirklich sagen kann, ob wir am Anfang oder am Ende dieser Krise stehen und welche Herausforderungen wir noch bewältigen müssen. Doch eines möchte ich zu Beginn meiner Ausführungen klarstellen: Ich glaube, dass wir diesen Herausforderungen in einer Position der Stärke gegenüberstehen. Deutschlands Volkswirtschaft ist so stark wie seit langem nicht mehr. Wir haben eine starke handlungsfähige Regierung,

(Zuruf von der LINKEN: Wo denn?)

auch aufgrund dessen, dass wir drei Jahre lang Haushaltskonsolidierung betrieben haben.

(Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Wir haben ein starkes dreigliedriges Bankensystem. Trotz aller Probleme sorgt es dafür, dass auch in der Fläche Kredite vergeben werden. Außerdem haben wir nach drei Boomjahren eine starke deutsche Wirtschaft. Wir befinden uns also in einer Position der Stärke. Das ist gerade in der jetzigen Zeit für uns enorm wichtig.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Heute, am Tag des Zusammentreffens des Europäischen Rates, und wenige Tage vor dem G-20-Treffen in London müssen wir die richtigen Schlussfolgerungen ziehen. Viele meiner Vorredner gingen auf diese Schlussfolgerungen ein. Ich möchte nur einen Punkt herausgreifen, der mir besonders wichtig ist: Ein Hauptauslöser der Krise war eine maßlose und oftmals auf Schulden basierte **Ausgaben- und Liquiditätspolitik** aller Finanzmarktteilnehmer: der Zentralbanken, der Regierungen, der Wirtschaft und auch der Privathaushalte. Diese maßlose Politik hat dazu geführt, dass eine Blase, größtenteils in den USA, entstanden ist. Als diese Blase geplatzt ist, hat dies die Volkswirtschaften der Welt in die Krise gestürzt. Ich nehme deshalb diejenigen, die jetzt besorgt vor weiteren größeren Ausgaben warnen, ernst. Ich habe heute gelesen, dass die Fed 1 Billion US-Dollar in den Markt pumpen will. Das erfüllt mich persönlich mit Sorge. Vor einem solchen Handeln auch in Europa müssen wir warnen. Deshalb bin ich dankbar, dass die Bundeskanzlerin und der Finanzminister Forderungen nach weiteren Konjunkturprogrammen aus den USA, England und Japan eine klare Absage erteilt haben. Eine solide Haushalts- und Finanzpolitik ist ein Garant für das Vertrauen, das wir so dringend brauchen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich finde es besorgniserregend, dass entgegen allen Beteuerungen seit dem G-20-Gipfel in Washington im November letzten Jahres 17 der dort vertretenen Staaten insgesamt 47 neue **Handelsbeschränkungen** verfügt haben. Wichtiger denn je ist deshalb ein Fortführen und Aktivieren der Doha-Runde und der WTO-Gespräche. Protektionistischen Tendenzen muss vor allem in dieser Krise Einhalt geboten werden. Davon profitiert Deutschland.

(C)

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wollen doch nur exportieren! Wir dürfen keinen Raubbau beim Klima zulassen!)

– Frau Künast, davon profitieren vor allen Dingen auch die Schwellen- und Entwicklungsländer, die aus einem fairen und freien Welthandel großen Nutzen ziehen.

Aber nicht nur die Doha-Runde und die WTO-Gespräche sind eine wichtige Komponente. Auch die Märkte, insbesondere der europäische Binnenmarkt und der US-Markt, sind ein Motor der Weltwirtschaft. Diese beiden Märkte machen 60 Prozent der weltweiten Einkommen aus und vereinen über 70 Prozent der weltweiten Direktinvestitionen auf sich. Allein diese beiden Märkte nehmen 40 Prozent aller Exporte der Entwicklungs- und Schwellenländer auf. Daraus entsteht eine enorme Wirtschaftskraft, aber auch eine enorme Verantwortung für diese beiden Wirtschaftszweige.

Aus diesem Grund ist der von Bundeskanzlerin Angela Merkel initiierte **Transatlantische Wirtschaftsrat** wichtiger denn je. Er sorgt dafür, dass Handelshemmnisse abgebaut werden und der Welthandel wieder funktioniert.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wer die Warenströme kennt, weiß, dass dies sowohl für unsere Automobil- und Chemieindustrie als auch für die Energie- und Umwelttechnologien wichtig ist. In diesen Bereichen können wir ebenso wie im Sicherheits- und im Umweltbereich Standards in der Welt setzen und damit zu einem Vorreiter für andere Länder werden. Eine erfolgreiche Fortsetzung der Gespräche im Transatlantischen Wirtschaftsrat hat deshalb nicht nur für Europa, sondern auch für das Weiße Haus und die Obama-Administration oberste Priorität. Dies stimmt mich zuversichtlich. Dieses Instrument stellt zugleich eine ganz wichtige Antwort auf die derzeitige Krise dar.

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt die Chance, zu einem entscheidenden Durchbruch zu kommen. Dass wir global handeln und diese Chance nutzen müssen, liegt auf der Hand. Die Weltwirtschaft kann aus dieser Krise gestärkt hervorgehen. Für die EU und die USA ist dies von besonderer Bedeutung. Lassen Sie mich zum Schluss dieser Debatte betonen, dass auch wir in Europa für mehr Handelsfreiheit sorgen müssen. Diese Gunst der Stunde sollten wir jetzt nutzen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**(A) Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen nun zu den Abstimmungen über die Entschließungsanträge. Wer stimmt für den Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/12296? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist damit mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/12297? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist damit mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion Die Linke abgelehnt.

Der Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/12298 soll zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen werden. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

**(B)****(C)****(D)**